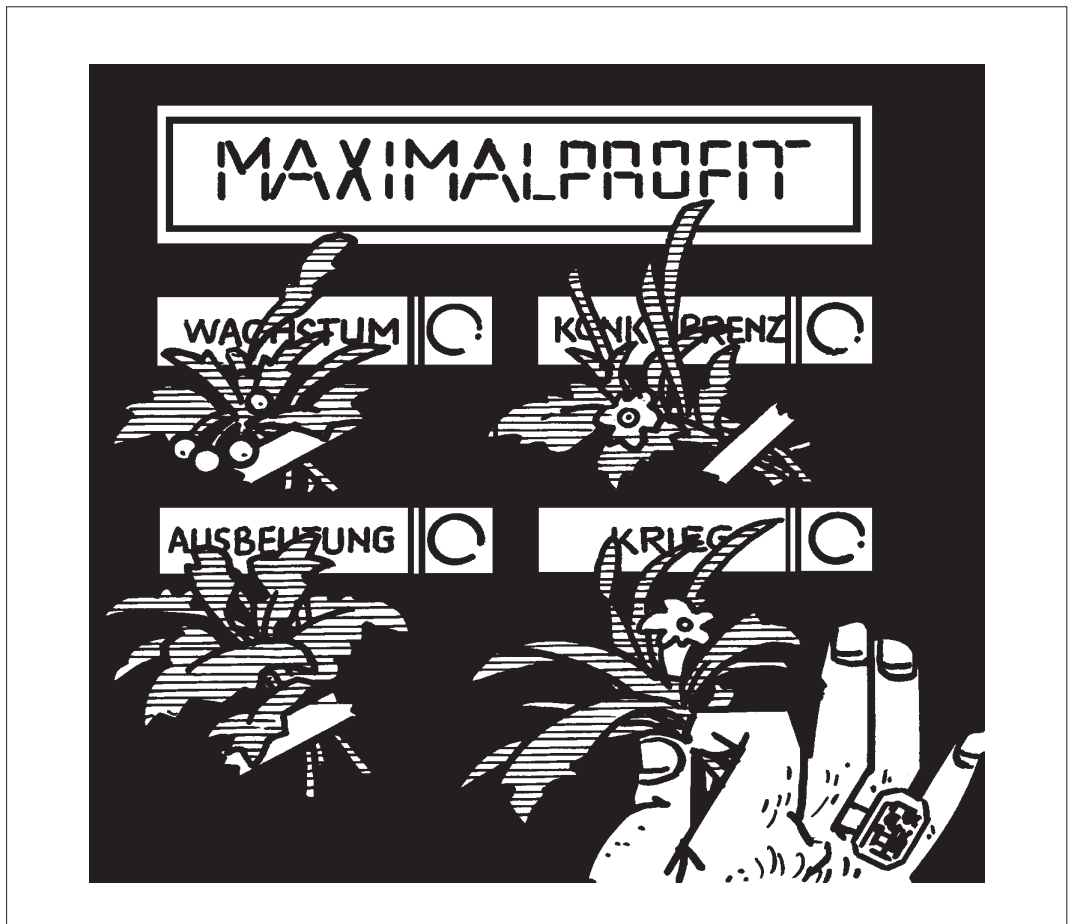


GRÜNE WENDE

NEUE FARBE ODER NEUES SYSTEM?

**Unterwegs in die Öko-Katastrophe?
Elemente einer echten Energiewende
Globale Klimagerechtigkeit**



Schutzgebühr: 3,50 Euro

ISW _____ **REPORT NR.91**

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Impressum

isw-report 91, Dezember 2012

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autoren: Franz Garnreiter, Joachim Schubert
Conrad Schuhler, Helmut Selinger

Redaktion: Conrad Schuhler
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout und Grafiken: Monika Ziehaus
Titelblattgrafik und Karikaturen: Bernd Bücking

Schutzgebühr: 3,50 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
KAPITEL I.	
Conrad Schuhler	
Unterwegs in die Öko-Katastrophe? Warum der Kapitalismus eine "Grüne Wende" nicht schafft	3
Helmut Selinger	
Maximus und Ökologie	9
KAPITEL II.	
Franz Garnreiter	
Elemente einer echten Energiewende	13
KAPITEL III.	
Helmut Selinger	
Globale Klimagerechtigkeit – wie könnte das konkret gehen?	24
KAPITEL IV.	
Joachim Schubert	
"Grüner" Kapitalismus und die IG Metall	31
Die Autoren	34

editorial

Ausgangspunkt und roter Faden dieses Heftes zur notwendigen "ökologischen Transformation" unserer Gesellschaft ist die Marxsche Erkenntnis: "Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur".

In Kapitel I belegt Conrad Schuhler, dass, würde sich der westliche Lebensstil im Verbund mit der jetzigen Produktionsweise global durchsetzen, dies das Ende der Menschheit bedeuten würde. Der sprunghaft steigende Naturverbrauch und die rasant wachsende Umweltbelastung wären nicht vereinbar mit den Überlebensbedingungen der Menschheit auf dem Biotop Erde. Punkt für Punkt werden die Verheißungen eines Grünen Kapitalismus als falsch widerlegt. Fazit: Auch die ökologische Frage ist eine Klassenfrage, sie kann nur gelöst werden durch eine neue Verteilung der gesellschaftlichen Macht.

Franz Garnreiter untersucht in Kapitel II die Bedingungen einer echten Energiewende. Die Produktion des öffentlichen Gutes Energie verlangt die Erzeugung und Nutzung von Energieträgern in öffentlichen, demokratisch organisierten Unternehmen nach Kriterien des Bedarfs und des sorgsamem Umgangs mit der Natur. Hand in Hand mit dem Kampf um die Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne muss der Aufbau einer alternativen Energiewirtschaft stattfinden. Im Zentrum dieser neuen Energiewirtschaft stehen die kommunalen Betriebe als Kernstück einer dezentralen, kleinräumigen Energieversorgung. Der Wachstum-Maxime des Kapitalismus stellt der Autor die Forderung nach Umverteilung der Einkommen in nationalem und globalem Maßstab entgegen, wodurch der Lebensstandard aller gesichert werden kann ohne weitere Belastung der Umwelt.

Im dritten Kapitel entwickelt Helmut Selinger einen globalen CO₂-Budgetansatz, um die jedem Staat zustehenden CO₂-Emissionsrechte nach dem Prinzip einer globalen Klimagerechtigkeit (Pro-Kopf-Basis) zu berechnen, die Ausstöße zu kontrollieren und die entsprechenden Finanzströme zu regulieren. Voraussetzung dafür ist, dass alle Staaten die Atmosphäre als Gemeingut anerkennen, eine Obergrenze der bis 2050 zu emittierenden CO₂-Gesamtmenge und die entsprechenden nationalen Anteile akzeptieren. Eine Chance zur Durchsetzung dieser Methode als Verhandlungsgrundlage bei den internationalen Klimaverhandlungen sieht der Autor dann, wenn sich die G77-Staatengruppe (der wirtschaftlich schwächeren Länder) diesen Budgetansatz zu eigen macht und er von der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung unterstützt wird.

Im Schlusskapitel analysiert Joachim Schubert die Haltung der IG Metall zum "grünen" Kapitalismus. Die Konzepte der IG Metall werden als "gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll und fortschrittlich" eingeschätzt. "Sie haben Reformcharakter und stoßen teilweise an die Grenzen des Kapitalismus". Sie ließen sich aber nicht "in Sozialpartnerschaft" umsetzen, sondern nur im Klassenkampf. In diesem Kampf könnten sowohl die Begrenztheit der Reformen als auch die Illusionen in den Staat und in den Kapitalismus sichtbar werden.

In einem eigenen Essay widmet sich Helmut Selinger dem Thema "Marxismus und Ökologie". Dieses Verhältnis sei nicht ungetrübt. Zwar hätten Marx und Engels das Mensch-Natur-Verhältnis und damit die ökologische Frage prinzipiell richtig erfasst. In der Politik des "realen Sozialismus" wie der kommunistischen/sozialistischen Parteien insgesamt spielten aber der erbitterte Systemwettkampf zwischen Kapitalismus und Realsozialismus und Kalter Krieg und atomare Bedrohung die wesentlichen Rollen. Mittlerweile aber hätten die Marxisten dazugelernt. Eine vernünftige gesellschaftliche Entwicklung sei nur sozialistisch, demokratisch und ökologisch vorstellbar.

Kapitel I.

CONRAD SCHUHLER

Unterwegs in die Öko-Katastrophe? Warum der Kapitalismus eine "Grüne Wende" nicht schafft

1. Unsere Wirtschaftsweise ruiniert den Planeten und seine Bewohner

Die kapitalistische Wirtschaft wächst, indem sie zugleich ihre gesellschaftlichen und ihre natürlichen Grundlagen untergräbt.¹ In der aktuellen kapitalistischen Entwicklung haben wir es mit drei miteinander verflochtenen Krisen zu tun: einer ökologischen, die sich besonders im Klimawandel und der Zerstörung der Nahrungsgrundlagen durch Bodenerosion und Verlust der Biodiversität zeigt; einer sozialen Krise, die sich u.a. ausdrückt in der absurden Zweiteilung in eine winzige Oberschicht von Schwerreichen und der großen, wachsenden Mehrheit von Armen, Prekären und sozial Ungesicherten; und einer politischen Krise, wo die von neoliberal-kapitalistischen Interessen gesteuerte Expertenherrschaft Mitsprache und Mitbestimmung in den Gesellschaften immer weiter zurückdrängt oder gar nicht erst aufkommen lässt und Kräfte für nationalistische und autoritäre Herrschaftsformen stärker werden.

Entsprechend diesem Krisengemenge muss es der Linken bei der Krisenlösung um einen "Dreiklang" gehen: um die konsequente Verbindung der sozialen mit der ökologischen und der demokratischen Frage. (Kipping/Riexinger, S. 19). Wir setzen uns im Folgenden vor allem mit Entwicklungen auseinander, die geradewegs in die Öko-Katastrophe führen würden.

1.1 Der Klimawandel

Würde es beim gegenwärtigen Ausstoß und, mehr noch, der ungebremsten Zunahme von klimazerstörenden Gasen bleiben, hätten wir bis Ende des Jahrhunderts eine Temperaturerhöhung von mindestens 4 Grad Celsius. Nach weithin übereinstimmenden Aussagen der Wissenschaft kann die Menschheit mit einer Erhöhung der globalen Temperatur von höchstens 2 Grad zurechtkommen. Eine höhere Erderwärmung führt zum kaum beherrschbaren Anstieg der Meeresspiegel, zu Dürren, Überschwemmungen und Wetterkatastrophen. "Zusätzlich mehr als eine Milliarde Menschen könnten in einigen Jahrzehnten von Wasserknappheit betroffen sein, 600 Millionen mehr

als ohnehin von Hunger und akuter Mangelernährung." (Solidarische Moderne, S. 11) Bei der Klimakonferenz in Bali 2007 wurde dementsprechend die Grenze von plus 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bis 2050 festgelegt. Doch haben wir mittlerweile bereits eine Erhöhung von 0,8 Grad Celsius erreicht. Die Staaten halten die Zusagen bzw. Konsequenzen des Beschlusses nicht ein. Im besonderen Maß gilt dies für die fortgeschrittenen Industrieländer. Sie müssten ihre CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 bis 90 % reduzieren. Doch haben die USA von 1990 bis 2009 schon wesentlich mehr CO₂-Emissionen ausgestoßen als ihnen bis 2050 zustünde. Deutschland hat das gesamte Kontingent bis 2050 schon 2009 verbraucht.²

Der Hauptfaktor für die Erderwärmung liegt in den enormen und wachsenden Mengen von Schadstoffen aus fossiler Verbrennung, besonders von CO₂. Dies hat direkt mit der Lebens- und Produktionsweise unserer Gesellschaften zu tun. Allgemein hängt unsere Gesellschaft in immer noch wachsendem Maße von Energie ab, was die Produktion, das Mobilitätssystem und den Freizeit- und häuslichen Sektor betrifft. Wenn dieser Lebensstil sich im Verbund mit der jetzigen Produktionsweise global durchsetzt, bedeutet dies das Ende der Menschheit. Der globale Automobilbestand wird sich von heute einer Milliarde Autos bis 2030 auf 1,6 Milliarden, also um 60 %, erhöhen. (Brand, S. 20) Wenn die Schwellen- und Entwicklungsländer insgesamt auf das Konsumniveau des Westens kämen, läge der globale Gesamtverbrauch um mindestens das Vierfache über dem heutigen, es wäre so, als würden nicht sieben, sondern fast 30 Milliarden Menschen auf der Erde leben. (UNDP, S. 3) Im Jahre 2050 würde die erwartete Menschheitszahl von 9,2 Milliarden fast 40 Milliarden Menschen des heutigen Konsumniveaus entsprechen mit dem dazu gehörenden Zugriff auf Ressourcen, insbesondere auf CO₂-produzierende Energieträger. Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen eines Bürgers der USA sind fast 10mal so hoch wie die eines aus Costa Rica, neunmal so hoch wie die eines Ecuadorianers, fast 20mal so hoch wie die eines Philippinen, 30mal so hoch wie die eines Bürgers des Kongo. (UNDP, S. 176ff).

1) Solidarische Moderne, S. 11. Dieses Grundmotto der sozial-ökologischen Bewegung geht auf Marxens berühmte Feststellung zurück: "Der Kapitalismus ruiniert die Springquellen des Reichtums, auf denen er beruht: den Arbeiter und die Natur." Selbst Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Prediger der "Kreativität der Marktwirtschaft", meint, "das war als Tendenz scharfsinnig beobachtet". Fücks, S. 1)

2) Die Zahlen berechnen sich nach dem sog. Budgetansatz, wie ihn Helmut Selinger vorgelegt hat. Vgl. Kapitel III, S. 24ff dieses Reports.)

Eine globale Produktions- und Lebensweise, wie sie heute im Westen und immer mehr auch in den Schwellenländern vorherrscht, ist nicht vereinbar mit den Überlebensbedingungen der Menschheit auf dem Biotop Erde.

1.2 Ressourcenknappheit und Militarisierung des Kampfs um die knappen Güter

Peak Oil, der höchste Punkt in der Erdölförderung, ist überschritten. Die weitere Reichweite beträgt rund 35 Jahre; die von Erdgas rund 50 Jahre; die der Steinkohle rund 130 Jahre, was den Rohstoff, entgegen den Imperativen der Klimaschutzes, zu einem Favoriten der Energieplaner macht. Andere wichtige Rohstoffe stehen vor einem ähnlichen natürlichen Ende: Kupfer, Zink, Blei, Nickel, Zinn, Silber, Gold, seltene Erden. Das Ende der bisherigen Art von Wirtschaften steht also schon aus diesem "natürlichen" Grund erschöpfter Reichweiten bevor. Die Apologeten eines dennoch weiter forcierten Wirtschaftswachstums sehen in der Erhöhung der Ressourcenproduktivität um den Faktor 4 (also um 400 %) die "Überlebensfrage der Industriegesellschaft" (Fücks, a.a.O.) Die "CO₂-Produktivität" muss bei "nachhaltigem wirtschaftlichen Wachstum" gar um das Zehnfache gesteigert werden, der CO₂-Ausstoß also pro Produkteinheit auf ein Zehntel gesenkt werden. (McKinsey Global Institute 1) Die Grenzen dieser "Effizienzrevolution" erweisen sich schon anhand des angeführten rapiden Wachstums der Automobilproduktion. Es kann nicht darum gehen, die Ressourcen- und CO₂-Produktivität pro Produkteinheit relativ zu erhöhen, sondern Produktionsverfahren und -mengen müssen so organisiert werden, dass sie zu einer enormen absoluten Reduktion von Ressourcenverbrauch und des Schadstoffausstoßes führen.

Zum Zweiten hat die zunehmende Knappheit der Rohstoffe zu einer Militarisierung des Wettbewerbs um sie geführt. Die Militärstrategien des Westens, von den USA über die Nato und EU bis hin zur Bundeswehr, enthalten alle als wesentlichen Bestandteil die Sicherung der Förderung und des Transports der Rohstoffe für die Zwecke des Westens, insbesondere die "Energiesicherheit". Im noch aktuellen Weißbuch 2006 der Bundeswehr heißt es: "Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch ... Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden ... Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen ... Risiken und Bedrohungen muss mit einem abgestimmten Instrumentarium begegnet werden. Dazu gehören ... auch bewaffnete Einsätze." (Weißbuch 2006).

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 wird diese offen imperialistische Politik noch zugespitzt: "Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten ... aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen ... Entwicklungen in Regionen an Europas Peripherie und außerhalb des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraumes können unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheit Deutschlands entfalten ... und ein schnelles Handeln auch über große Distanzen erforderlich machen ... Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung." (Verteidigungspolitische Richtlinien)

Nicht nur die Natur braucht für ihr Weiterbestehen in einer dem menschlichen Leben dienlichen Form eine vernünftige Regelung der Rohstoff- und Energiefrage, auch die Menschheit braucht dies, will sie das Risiko kriegerischer Konflikte einschränken. Dazu zählt auch die Gefahr eines global zerstörerischen Weltkriegs. Die USA haben in ihrer Sicherheitsstrategie China als globalen Gegner Nr. 1 skizziert und verfolgen auch mit Präsident Obama eine Militärstrategie, die globale Führerschaft durchsetzen soll und den Einsatz von Atomwaffen gegebenenfalls einschließt. (Sustaining U.S. Global Leadership)

1.3 Bevölkerungswachstum und das gewaltige Gewicht der großen Ballungsräume

Zu Beginn der Industrialisierung – um 1800 – gab es 1 Milliarde Menschen. Es hatte 12.000 Jahre gedauert, um dorthin von der einen Million Menschen zur Zeit der Jäger und Sammler zu gelangen. Mit der Industrialisierung ging es rasant nach oben: 1930: 2 Mrd., 1975: 4 Mrd., heute 7 Milliarden. Die Malthus-Warnungen vor einer krisenschaffenden Diskrepanz zwischen Wirtschaftsleistung und schnell wachsender Bevölkerung wurden dadurch entkräftet, dass die Wirtschaft noch schneller wuchs. 2009 war das Welt-BIP rund 90mal höher als 1820. Die Arbeitsproduktivität ist heute 25mal höher als damals.

Nach allen Prognosen wird die Erdbevölkerung bis 2050 um weitere 30 % (über 2 Milliarden Menschen) anwachsen. Die weiter schnell wachsende Bevölkerung ist vor allem auf einen Zivilisationspunkt konzentriert: auf die Großstädte, riesenhafte urbane Ballungsräume, sog. Globale Megalopole. Auf die 600 größten dieser Städte (gemessen an ihrem Beitrag zum globalen Wirtschaftsprodukt) entfallen 65 % des gesamten globalen Wachstums. 440 dieser Städte liegen in den Schwellen- und Entwicklungsländern; dort werden 47 % des globalen Wachstums erstellt. Jährlich werden ab 2025 dort Investitionen in Höhe von 10 Billionen Dollar nötig. In den Megalopolen der Schwellenländer werden 2025 über eine Milliarde neue Konsumenten leben (McKinsey definiert als "Konsumenten" Personen, die mehr als 10 \$ Kaufkraft pro Tag aufweisen), die 10 Billionen Dollar im Jahr an

Konsumausgaben leisten. (McKinsey Global Institute 2) In den Städten werden Neubauten nötig, die 85 % des heutigen globalen Immobilienbestandes entsprechen. Der Wasserverbrauch dort steigt bis 2025 um 80 Milliarden Kubikmeter pro Jahr, das 20fache des heutigen Wasserverbrauchs in New York. Um dem Konsumgüterhandel zu genügen, müssen die Hafenkapazitäten weltweit um 250 % wachsen. (McKinsey Global Institute 3)

McKinsey, die Unternehmensberatung, sieht in diesen Entwicklungen vor allem einen großen Nutzen: "Der enorme Anstieg in der globalen Kaufkraft wird sich positiv auf die Konsumgüterindustrie auswirken." Generell: "Boom der Emerging Cities bietet neue Wachstumschancen." Die explosionsartige Zunahme von Auto-, Luft- und Wasserverkehr und CO₂-Emissionen, von Wasserverbrauch, von "Landnahme" durch Mega-Urbanisierung, gar das Problem, inwiefern die Bevölkerung über die Entwicklung und Organisation der Großstädte mitbestimmen kann, interessiert die Wachstumsplaner nicht im Geringsten.

2. Die Verheißungen des "Grünen Kapitalismus" und seine Grenzen

Ralf Fücks ist nicht bei McKinsey, sondern bei der Heinrich-Böll-Stiftung, der Denkfabrik der Grünen. Insofern kann er nicht einfach weiteres Wachstum als Boom-Chance für die kapitalistische Wirtschaft empfehlen. Seine Aufgabe ist delikater. Er muss der Wirtschaft ihr Wachstum von Produktion und Profit lassen und zugleich begründen, dass sich dies sogar ausgezeichnet mit den ökologischen Zielen verträgt, wenn man es nur klug anpackt. Folgerichtig entwirft er eine "ökologische Transformation des Kapitalismus". (Fücks, a.a.O.) Zunächst einmal stellt er klar, dass "Null-Wachstum" angesichts des Bevölkerungswachstums und des "enormen Nachholbedarfs von zwei Drittel der Menschheit" keine Option sein kann. Allerdings kommt er bei der Aufzählung der ökologischen Probleme bisheriger kapitalistischer Entwicklung zu dem Schluss, dass man zwar auf keinen Fall auf die "Kreativität der Marktwirtschaft" verzichten könne, man aber politische Vorgaben brauche, um die Märkte in die ökologische Richtung zu lenken.

Als erstes versucht er, die Kapitalisten zu überzeugen, sich auf eine solche Lenkung einzulassen. Im Gefolge von Nicolas Stern (Stern) rechnet er vor, dass die Kosten für einen wirksamen Klimaschutz weniger ins Gewicht fallen als die Vernichtung ökonomischer Werte infolge hausgemachter "Naturkatastrophen". Zudem seien Investitionen in den Klimaschutz hochrentabel und könnten gleichzeitig Auslöser eines "grünen Wirtschaftswunders" sein.

Dass diese Argumente hinreichen, um die Kapitalisten auf einen grünen Pfad zu führen, glaubt er aber selbst nicht. Er setzt zum zweiten auf "Gegenkräfte", die von destruktiven Tendenzen des Kapitalismus auf den Plan gerufen werden. Bei der "sozialen Frage" sei

so die "soziale Zivilisierung des Kapitalismus" durchgesetzt worden, nun stünde die "ökologische Modernisierung des Kapitalismus" an.

Dass Fücks angesichts von 7 Millionen Menschen ohne oder mit zu wenig Arbeit allein in Deutschland, von zunehmender sozialer Unsicherheit quer durch alle Altersgruppen (ein Fünftel aller Deutschen sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht), wachsender Altersarmut, zunehmendem Verschleiß durch Arbeit usw. die soziale Zivilisierung des Kapitalismus wahrnimmt, ist bezeichnend genug. Sollte die ökologische Modernisierung ähnlich defizitär ausfallen, müssten wir uns auf das Schlimmste gefasst machen, denn die Natur würde nicht so still halten wie die deutschen Gewerkschaften. Mit Fücks' Argumenten sich auseinander zu setzen, lohnt dennoch, denn darin bündeln sich die wichtigsten Positionen der Anhänger eines "Grünen Kapitalismus", eines "Green New Deal": 1.) Der Green New Deal versöhnt Ökonomie und Ökologie, kapitalistischer Höchstprofit und ökologische Ziele werden Hand in Hand erreicht. 2.) Der Staat wird zum Setzer und Kontrolleur ökologischer Vorgaben. 3.) Die Macht des Verbrauchers wird zum wichtigen ökologischen Hebel, "Unternehmen und Verbraucher müssen selbst zu Akteuren der ökologischen Innovation werden".

2.1 Warum der Kapitalismus nicht grün wird

Der Königsweg, den Nicholas Stern 2009 vorschlug, heißt "Bepreisung der Natur". Luft, Wälder, Gewässer usw. erhalten einen Preis, und wenn die Zerstörung der Naturgüter teurer kommt als die von der Zerstörungsmaschinerie produzierten Werte, dann hat diese Zerstörung zu unterbleiben. Dieser betriebswirtschaftliche Ansatz ist deshalb fatal, da Natur- und Gemeingüter nicht nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Kalkulation in Wert zu setzen, sondern gemäß ökologisch-sozialen Kriterien zu schützen und nachhaltig zu nutzen sind. (Brand, 12f) Wie hoch muss der Profit einer Produktion denn sein, damit die Natur ruiniert werden darf? Nach diesem Maßstab müsste der BP-Konzern vielleicht heute noch seine Extraktion von Erdöl im Golf von Mexico fortführen dürfen. Es ist eine zutiefst kapitalistische Idee, die Natur zu zerstören, wenn die damit erzielten Werte, einschließlich der Profite, den Wert der Zerstörung übersteigen. In dieser Rechnung offenbart sich der ganze Widersinn von Ökologie und kapitalistischer Ökonomie.

Und dennoch wäre dieser Zustand des Irrsinns schon ein Fortschritt gegenüber der aktuellen Lage. Heute werden die Umweltschäden der Produktion von der Wirtschaftswissenschaft als "externe Kosten" berechnet, die aber in der Kalkulation der Betriebe gar nicht auftauchen. Die privaten Unternehmen machen umso höhere Profite, die "externen Kosten" werden der Allgemeinheit aufgebürdet. Würde man die bislang externen Kosten "internalisieren", hätte der Kapitalist in seiner Kalkulation einen zusätzlichen Kostenfaktor,

der den Profit schmälert. Er wird nun, getrieben von der Konkurrenz und seinen "Investoren", versuchen, diesen Profit auszudehnen. Dies kann er, indem er die Produktivität der Arbeit und seine Marktanteile erhöht. Das Ausdehnen des Produktionsvolumens gehört zur Strategie auch des grünen Kapitalismus, erhöhte Ressourcennutzung und Schadstoffabgabe finden auch bei grünen Produkten statt. Die Lockungen mit einem "grünen Wirtschaftswunder", die unablässig wiederholte Tatsache, dass die höchsten Wachstumsraten in der Umwelttechnologie erzielt werden, weisen alle in diese Richtung.



Das große Geld steigt in Rohstoffe und Umweltprojekte ein, wenn es dort groß zu verdienen gibt, und dies hat stets negative Konsequenzen für die Nachhaltigkeit und den Schutz der Umwelt ebenso wie für den Preis der Produkte und die Versorgung der Bevölkerung. Das Investitionsvolumen des Desertec-Projekts soll sich nach Branchen-Schätzungen auf 400 Milliarden Euro belaufen. (wiwo.de) In der nordafrikanischen Wüste sollen hunderte von Sonnenkraftwerken entstehen, deren Energie mit Unterwasser-Hochleistungsstromleitungen durchs Mittelmeer nach Europa geführt wird. Das Projekt impliziert die militärische Sicherung Nordafrikas und die ständige militärische Kontrolle der Transportwege durch das Mittelmeer. Nicht nur die Energiepolitik, auch die Sicherheitsstrategie des riesigen Raumes wird eng mit den Profitinteressen globaler Geldgeber verzahnt.³

In den Jahren 2003 bis 2008 haben die globalen institutionellen Kapitalanleger ihre Investitionen in die Rohstoffmärkte mit dem Faktor 15 auf rund 200 Mrd. Euro erhöht. (EU Commission 2011, Brand S. 28) Nicht, damit die Rohstoffe künftig nachhaltiger und gerechter eingesetzt werden können. Sondern ganz im Gegenteil – damit sie zu den höchsten Preisen schnell losgeschlagen werden. Diesen Investoren kommt es darauf an, dass möglichst viele Rohstoffe zu mög-

lichst hohen Preisen verbraucht werden. Selbst der Emissionshandel ist längst ein Feld der Spekulation. Die Weltbank schätzt den Wert des globalen CO₂-Rechte-Markts 2011 auf 142 Mrd. Dollar. (A.a.O.)

2.2 Warum die "grünen Vorgaben" dieses Staates völlig unzureichend sind und bleiben werden

Selbst der Grünen-Politiker Fücks glaubt, "dass der Markt nicht aus sich heraus die ökologische Wende hervorbringen wird" (Fücks, a.a.O.). Er nennt dies eine Binsenweisheit. Die Politik müsse die entsprechenden Vorgaben – national wie international – setzen.

Nun ist es aber eine Binsenweisheit, dass die Politik dies bisher nicht getan hat. Warum nicht? Die beschriebenen katastrophalen Zustände sind in ihrer Verderblichkeit und in ihren Ursachen seit vielen Jahren bekannt. Warum hat die Politik, wie auf jedem neuen Umwelt-Gipfel neu zu konstatieren ist, so lange und beharrlich versagt?

Weil der Staat keine neutrale Instanz ist, die von einem übergeordneten gesellschaftlichen oder gar Menschheitsinteresse ausgeht, sondern weil er in den kapitalistischen Ländern vor allem anderen die Interessen des in seinem Land operierenden Kapitals vertritt. Der Staat ist Ausdruck der miteinander ringenden politischen Kräfte, und deren Machtverhältnis wird bislang von der Kapitaleseite dominiert. In den Fragen der Euro-Zone gibt die Bundesregierung fast deckungsgleich die Politik des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) wieder. Als es 2009 um einen Konjunkturstoß in Deutschland ging, kam die Bundesregierung mit dem Projekt der "Abwrackprämie", ein mächtiger Schub für die Autoindustrie, die mit ihren Trabanten zu den stärksten Industrien im Lande zählt und gleichzeitig zu den gefährlichsten für die Umwelt. Bei den internationalen Umweltkonferenzen treten die kapitalistischen Staaten als Vertreter ihrer kapitalistischen Großgruppen auf und verlegen sich auf den Streit um Kosten, Auflagen und Erträge statt auf die Verbesserung des Klimaschutzes.

Dass es der Politik nicht in erster Linie um den Umweltschutz geht, sondern um einen möglichst hohen Geschäftsanteil der Industrie des eigenen Landes am schnell wachsenden Weltmarkt, bekräftigt das Bundesumweltministerium selbst. Der Weltmarkt für umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung würde sich bis 2020 fast vervierfachen und "deutsche Unternehmen haben hervorragende Voraussetzungen, um von diesen großen Marktpotentialen zu profitieren". (Bundesumweltministerium) Ulrich Brand, der die Einschätzung der Bundesregierung zitiert, hält dieser Propaganda zu Recht entgegen: "Für den Umweltschutz wäre es am besten, alle Länder verfüg-

3) Siemens, einer der größten Gesellschafter des Desertec-Konsortiums Dii, hat vor Kurzem seinen Ausstieg aus dem Projekt bekannt gegeben, da der Konzern sich aus dem Solargeschäft zurückziehen wolle. Das ändert nichts an der Dominanz globaler Konzerne bei Desertec. Zur Dii gehören u.a. die Deutsche Bank, der Energiekonzern RWE, das italienische Energieunternehmen Enel oder auch der saudi-arabische Energiekonzern Acwa Power. SZ, 31.10.2012

ten über die jeweils sauberste Technologie. Doch die Technologie, ihr Preis und möglicherweise das Monopol darüber, sind selbst Teil des globalen Wettbewerbs und sie sollen profitabel eingesetzt werden. Die ökonomisch Mächtigen und ihre politischen VertreterInnen bevorzugen tendenziell große und kapitalintensive Technologien, die sie kontrollieren können. Behindert werden vielfach sanfte und lokal angepasste Technologien, an denen deutsche Exporteure kaum verdienen können." (Brand, 30f)

Die oben angeführten Imperative der deutschen Sicherheitspolitik zur Rohstoff- und Energiesicherheit belegen schlagend diese fast nahtlose Übereinstimmung von staatlicher Politik und imperialem Interesse der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland, dafür aufzurüsten und Kriege in Kauf zu nehmen.⁴

In den meisten großen Nationen und in der globalen Politik spielen die Konzerne des umweltzerstörenden "fossilistischen" Blocks eine Hauptrolle. Vom Gesamtumsatz der 500 größten Konzerne der Welt entfallen 2011 36,6 % (1999: 22,6 %) auf Unternehmen aus den Bereichen Öl-Bergbau-Rohstoffe, Autoindustrie, zivile Flugzeugbauer und Energie. (vgl. Wolf) Dass internationale Klimakonferenzen fast regelmäßig im Fiasko enden, kann bei diesen Kräfteverhältnissen nicht wundern.

2.3 Macht und Ohnmacht des Verbrauchers

In den sich herausbildenden "postmateriellen Werten" sieht der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) einen wesentlichen Faktor des Umschwenkens der Wirtschaft auf einen Pfad der Nachhaltigkeit. Der "weltweite Wertewandel" würde eine "'Große Transformation' hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft" bewerkstelligen. (WBGU) Dieses Bekräftigen der Bedeutung der individuellen Werthaltung trifft sich mit dem Grundton der "postsozialen" Theorie, wonach den Menschen heute Bio-Wissen und Selbstverwirklichung wichtiger sei als "Erlösung" durch gesellschaftliche, staatliche Maßnahmen.

Dass nicht die gesellschaftlichen Strukturen entscheidend sein sollen, sondern das individuelle Handeln im vorgegeben Rahmen, freut zunächst einmal die Regisseure und Nutznießer der Strukturen, im vorliegenden Fall der die Umwelt bedrohenden Wirtschaft. So richtig es ist, auf die Relevanz des individuellen Verhaltens hinzuweisen, so sollte man nicht übersehen, dass die Wirtschaft keineswegs eine Einrichtung ist, die sorgsam auf die Wünsche der Konsumenten lauscht, um dann entsprechend zu produzieren. Von der Forschung und Entwicklung bis zu den Produktionsverfahren und Produkten liegt die Entscheidungs-

macht bei den Unternehmen. Und sie sorgen mit einem immensen Einsatz ausgeklügelter Werbung und Kaufsuggestion für den Absatz. Sie mobilisiert Ängste und Sehnsüchte der VerbraucherInnen und schreckt auch nicht vor Lüge und Betrug zurück, wie die Bankgeschäfte der letzten Jahre eindringlich belegen. Umstellt von dem Dauerfeuer der Werbung, können die VerbraucherInnen sich nur schwer klar werden, was sie eigentlich wollen sollen, sie können auch keineswegs sicher sein, worum es sich bei den Waren eigentlich handelt. Das Geschwätz vom "König Kunde" und der Konsumentenmacht ist selbst Teil der Unternehmerpropaganda.

Der Hinweis auf die "Souveränität des Verbrauchers" hat auch einen zynischen Beiklang. Bioprodukte sind, zum Teil erheblich, teurer als die Massenware. Welche Wahl bleibt dann den Menschen mit geringerem Einkommen? Entweder einkommensangemessen "unsaubere" Produkte zu erwerben und zu konsumieren oder aber – der Verzicht. Wer arm ist, muss früher sterben, dieses alte Motto kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft hat heute noch eine Öko-Note erhalten. Während die allgemeine Lebenserwartung der Deutschen auf fast 83 Jahre anstieg, sank die Lebenserwartung der Geringverdiener – heute schon fast ein Viertel aller Beschäftigten – kontinuierlich: von 77,5 Jahren in 2001 auf 75,5 Jahre in 2010. (UZ, 19.10.2012) Gesundheit, Qualität der Ernährung oder risikoarme Lebensorte sind von den finanziellen Möglichkeiten der Bürger abhängig. (Kipping/Riexinger, S. 16).

2.4 Auch die ökologische Frage ist eine Klassenfrage – sie kann nur gelöst werden durch eine neue Verteilung der gesellschaftlichen Macht

Wir hatten zu konstatieren, dass die Investitionen eines Landes – welche Produkte werden mit welchem Arbeits- und materiellem Ressourceneinsatz hergestellt – von den Unternehmern, vom Kapital bestimmt werden. Dass der fossilistische Block national und global eine Hauptrolle spielt und die Politik entscheidend mitprägt. Dass ein "grüner Kapitalismus" vor allem aufgrund seines Zwangs zum Wachstum und zur Großproduktion keine Lösung, sondern Teil des ökologischen Problems ist. Solange das Kapital die Entscheidungshoheit über die gesellschaftliche Investitionsfunktion hat und auf deren Grundlage die Politik dirigiert, wird es keinen tiefer gehenden ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft geben. Es ist daher sinnlos, ökologische Reformen oder Transformationsprozesse ohne die Berücksichtigung des Kernpunkts der wirtschaftlich-politischen Machtverhältnisse zu diskutieren.

4) Diese Übereinstimmung findet ihren Ausdruck nicht nur in den Prinzipien der Sicherheitspolitik, sondern prägt die allgemeine Politik der Bundesregierung. Im Juli 2012 haben der Bund und die deutsche Wirtschaft (in Gestalt des Deutschen Industrie- und Handelskammertages) ein Abkommen für eine sichere Versorgung mit Rohstoffen aus dem Ausland geschlossen. Ziel sei, den deutschen Unternehmen den "bezahlbaren und umweltfreundlichen Zugang" zu wichtigen Ressourcen zu erleichtern. Auch sollen "die Chancen der Firmen als Zulieferer im Rohstoffgeschäft erhöht werden". Manager Magazin, 24. Juli 2012)

Ökologische Transformation schließt deshalb immer den Ausbau der Demokratie gerade auch in der Wirtschaft und besonders im Energiesektor ein. Die "schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion", von der Mario Candeias spricht (Candeias, S. 9), bedeutet die Übernahme der Entscheidungsmacht durch Belegschaften, Genossenschaften, kommunale Bürgergremien in den Unternehmen und eine Zurückdrängung des Kapitaleinflusses in den politischen Einrichtungen, die sich direkter Bürgerbeteiligung öffnen müssen. (Schuhler)

Wir hatten auch festzustellen, dass die abhängig Beschäftigten kaum Einfluss auf die Qualität der Investitionen haben, aber folgerichtig die ersten Opfer dieser Wirtschaftspolitik sind, was sich u.a. in Lebensqualität und -erwartung ausdrückt. Es liegt auf der Hand, dass die Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen – Stichwort "Gute Arbeit" – nicht warten können, bis eines Tages von irgend woher Wirtschaft und Gesellschaft "begrünt" würde. Der Kampf um eine "grüne" Zukunft muss Hand in Hand gehen mit denen um Demokratie und ein besseres Leben für alle. Es ist ein und derselbe Kampf.

Literatur

BDI = Bundesverband der Deutschen Industrie: Für den Euro sprechen politische und handfeste wirtschaftliche Gründe. www.bdi.eu/Statements_Keitel-zum-Euro7867.htm

Brand = Ulrich Brand: Schöne Grüne Welt. Berlin 2012 (Rosa-Luxemburg.Stiftung)

Bundesumweltministerium: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg. 2009): Green Tech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland. München, S. 3

Candeias = Mario Candeias: Was ist sozialistisch am grünen Sozialismus? In: Luxemburg 3/2012, S. 6 – 14

EU Commission = EU Commission: Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency. Brüssel 2011

Fücks = Ralf Fücks: Die ökologische Transformation des Kapitalismus. www.boell.de/oekologie/marktwirtschaft/oekologische-marktwirtschaft

Kipping/Riexinger = Katja Kipping und Bernd Riexinger: Grüner Kapitalismus? Systemwechsel statt Farbwechsel. In: Luxemburg 3/2012, S. 16 - 20

Manager Magazin, 24. Juli 2012 = www.manager-magazin.de/politik/artikel/0,2828,846193,00.html

McKinsey Global Institute 1 = McKinsey Global Institute: The carbon productivity challenge: Curbing climate change and sustaining economic growth. www.mckinsey.com/insights/mgi/research/natural_resources/the_carbon_productivity_challenge

McKinsey Global Institute 2 = McKinsey Global Institute: Boom der "Emerging Cities" bietet neue Wachstumschancen. www.mckinsey.de/html/publikationen/mck_global_institute/2012

McKinsey Global Institute 3 = McKinsey Global Institute: Urban World: Cities and the rise of the consuming class. June 2012. www.mckinsey.com

Schuhler = Conrad Schuhler: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. isw-Report Nr. 79

Solidarische Moderne = Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine solidarische Moderne. www.solidarische.moderne.de

Stern = Nicholas Stern, www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf

Sustaining U.S. Global Leadership = Department of Defense: Sustaining U.S. Global Leadership. Priorities for 21. Century. www.defense.gov

SZ = Süddeutsche Zeitung, 31.10.2012

UNDP = UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen): Bericht über die menschliche Entwicklung 2011. www.dgvn.de

UZ= Unsere Zeit, 19.10.2012

Verteidigungspolitische Richtlinien = Bundesministerium für Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien. www.bmvg.de/portal/a/ (20.5.2011)

WBGU = Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011. www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-Transformation/

Weißbuch = Bundesministerium für Verteidigung: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006. www.bmvg.de

Wiwo.de = www.wiwo.de/unternehmen/energie/erneuerbare-energie-desertec-holt-die-sonne-aus-tunesien

Wolf = Winfried Wolf: Grüner Kapitalismus oder braune kapitale Struktur. In Lunapark21, 19/2012, S. 13 ff

HELMUT SELINGER

Marxismus und Ökologie

1. Das Verhältnis der marxistischen/sozialistischen Bewegung zum Thema Ökologie ist nicht ungetrübt.

In der Geschichte der marxistischen Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung hat die ökologische Frage bei weitem nicht dieselbe Rolle gespielt wie die soziale Frage. Ökologische Fragestellungen wurden in der Vergangenheit oft gar nicht thematisiert oder nachrangig erst an zweiter oder dritter Stelle. Dies begann schon bei programmatischen Aussagen. So haben die sozialdemokratischen Verfasser des Entwurfs des Gothaer Programms 1875 z.B. bei der grundsätzlichen Aussage über die Quelle des Reichtums nur die Arbeit erwähnt, aber die Natur vergessen. Erst Karl Marx, der diesen Entwurf erst im Nachhinein kritisch kommentieren konnte, insistierte darauf, dass es neben der Arbeit grundsätzlich eine zweite Quelle des Reichtums gebe, die nicht unerwähnt bleiben dürfe, nämlich die Natur. Nachzulesen ist diese hochinteressante Bemerkung in der "Kritik des Gothaer Programms" (MEW 19, S. 15):

"Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sächliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft."

Mit dieser fundamentalen Bemerkung wiederholt Karl Marx präzise seine grundsätzliche Sichtweise, dass es zwei Säulen bzw. "Springquellen allen Reichtums" gebe, wie dies z.B. im folgenden Zitat aus dem 'Kapital' dokumentiert ist (MEW 23, S. 529/530):

"Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."

Schon allein diese grundsätzlich ehrfürchtige und achtsame Haltung zur Natur und zum materiellen Sein rechtfertigt es, Marx und Engels als Philosophen zu sehen, die das Mensch-Natur-Verhältnis und damit die ökologische Frage schon damals prinzipiell richtig erfasst haben.

Trotzdem setzte sich auch in späteren Programmen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien eine theoretische Vernachlässigung des Aspektes der Ökologie fort.

Auch in der konkreten historischen Praxis in den realsozialistischen Ländern im 20. Jahrhundert dominierte die industrielle Entwicklung ohne größere Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten. Ökologische Aspekte waren zwar an der einen oder anderen Stelle nicht unbekannt, aber die Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte war in der Regel stark unterentwickelt. Dass es seit den 70-er Jahren durchaus auch heftige interne Diskussionen und eine Reihe kluger, warnender Stimmen in der DDR, in der Sowjet-Union und auch sonst im RGW gegeben hat, ist bekannt (z.B. Horst Paucke/Adolf Bauer¹, Igor Bestuschew-Lada²). So schrieb z.B. Bestuschew Lada 1984 in der Sowjet-Union zur notwendigen Lösung zukünftiger Probleme³:

"Jedem ist klar, dass all das Erwähnte sehr teuer ist (innerhalb von Jahrzehnten im Weltmaßstab) nicht Milliarden-, sondern Billioneninvestitionen verlangen wird. Vorläufig stehen solche Mittel zumeist einfach nicht zur Verfügung. Aufwendungen für Klär- und Filteranlagen sowie andere ökologische Zwecke machen heute zumeist nur einige Prozente der Gesamtinvestitionen aus. Indessen müssten sie schon jetzt zumindest um eine Größenordnung höher liegen, d.h. das Zehnfache betragen. In Zukunft müssen und werden sie noch wesentlich zunehmen. In einer fernen Zukunft wird möglicherweise der Löwenanteil der Investitionen für ökologische Zwecke verwendet werden, wie das heute zugunsten von Rüstungszwecken der Fall ist..."

Ferner ist klar, dass alles Dargelegte solch unsinnige Parolen wie 'Nieder mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt' oder 'Zurück zur Natur' usw. völlig ausschließt. Zurück zur Natur würde die Rückkehr zu dem Zustand bedeuten, bei dem die meisten Menschen als Kind starben, die Menschen beständig im Elend lebten und hungerten (was auch heute noch in großen Regionen der Fall ist), bei dem Millionen von Menschen an Hunger und Krankheiten starben (was gleichfalls heute noch der Fall ist). Um das globale ökologische Problem zu lösen, müssen wir nicht zur

1) Horst Paucke/Adolf Bauer: Umweltprobleme Herausforderung der Menschheit, 1980; Horst Paucke: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung, Zur Situation in der ehemaligen DDR, 1994

2) Bestuschew-Lada Igor: Berlin: Urania 1980

3) Bestuschew-Lada Igor: Die Welt im Jahr 2000, Freiburg 1994

Natur zurück, sondern voran zur Eintracht mit der Natur, bei der wir uns mit allen Mitteln, die moderne Wissenschaft und Technik uns zur Verfügung stellen, wie Söhne und Töchter um die Mutter Natur kümmern. Darum geht es."

Auch neuere marxistisch-philosophische Stimmen beschäftigten sich mit dem Mensch-Natur-Verhältnis, wie z.B. Ernst Bloch in seinem 1959 veröffentlichten Werk "Das Prinzip Hoffnung" ⁴, in dem er für ein anderes Verhältnis einer zukünftigen, sozialistischen Gesellschaft zur Natur und z.B. für eine "Allianztechnik" statt "der naiven Übertragung des Ausbeuter- und Tierbändigerstandpunktes auf die Natur" plädiert.

Solche Stimmen spielten aber keine entscheidende Rolle, sie wurden allenfalls nur zum Teil berücksichtigt oder sogar unterdrückt. In der realen Politik spielte der erbiterte Systemwettkampf zwischen Kapitalismus und Realsozialismus und der Kalte Krieg mit erzwungener Hochrüstung und atomarer Bedrohung die wesentliche Rolle.

Andererseits entwickelte sich z.B. in der Sowjetunion parallel zur Diskussion um die Grenzen des Wachstums (Dennis Meadows⁵) eine Theorie der Menschheitsprobleme, die alle Staaten und Gesellschaften zwingen würde, ihre Politik in Zukunft gemeinsam vernünftig auszugestalten. Dabei spielten die Umweltprobleme und die Gefahr eines nuklearen Overkill eine große Rolle. Ein breiteres und vertieftes Wissen um die globale Dimension der Umweltprobleme war jedoch erst in den 80-er Jahren des 20. Jahrhunderts im Entstehen – im Westen wie im Osten.

2. Das ökologische Denken bei Marx und Engels.

Kritiker werfen dem Marxismus gerne vor, er sei grundsätzlich blind gegenüber einer ökologischen Denkweise und huldige einem simplen Produktivismus, am Ende in der Utopie noch schlimmer als der Kapitalismus (z.B. Hans Jonas⁶). Diese falsche Auffassung greift Zitate und Aussagen von Marx und Engels aus dem kommunistischen Manifest und anderen Werken zur historischen Entwicklung der Produktivkräfte und dem dialektischen Verhältnis zwischen der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf. Derartige Passagen werden einseitig interpretiert, ohne zu berücksichtigen, dass Marx und Engels gerade auch zum Verhältnis von Mensch und Natur eine grundsätzlich richtige philosophische Grundhaltung eingenommen haben: So geht die gesamte Philosophie des Marxismus/dialektischen Materialismus davon aus, dass der Mensch ein Teil der Natur ist.

Schon alleine deshalb kann der Mensch nicht dauerhaft die natürlichen Grundlagen seiner eigenen Existenz zu seinem eigenen Nachteil verändern, er ist angewiesen auf lebensförderliche Naturzustände auf diesem Globus. Diese tiefe philosophische Grundhaltung schlägt sich in einer Reihe von Zitaten nieder, die ein grundsätzlich klares ökologisches Verständnis belegen. So wendet sich Engels in der "Dialektik der Natur" dezidiert gegen die vor allem in der christlich-europäischen Tradition verankerte Vorstellung, der Mensch könne und solle die Natur "beherrschen" und sie sich untertan machen (MEW 20 S. 453):

"Wir werden bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können."

Ähnlich grundsätzlich wendet sich Marx im 'Kapital' (Band 3) gegen die Vorstellung, dass der Mensch Eigentümer der Erde oder von Teilen der Erde sein könne und äußert die schon fast spirituell anmutende, aber völlig richtige Vorstellung, dass der Mensch die Erde an die nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen habe (MEW 25 S. 784 – Baustellenrente, Bergwerksrente, Bodenpreis):

"Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."

Wie oben schon erwähnt, gehen Marx und Engels grundsätzlich davon aus, dass es zwei Quellen des Reichtums gibt, zum einen die Arbeit, zum anderen aber eben auch die Erde (oder die Natur). Der Kapitalismus versucht, beide immer mehr auszubeuten. Damit ist neben dem Kampf gegen die Ausbeutung der arbeitenden Menschen auch der Kampf gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Natur angesprochen.

Auch wenn die Väter des Marxismus die heutige globale Dimension der ökologischen Probleme noch nicht kannten, so haben sie doch den verhängnisvollen Zusam-

4) Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1969, S. 802ff

5) Dennis Meadows: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972

6) Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/M. 1979

menhang zwischen Produktion und potentieller Naturzerstörung erkannt (MEW 20 S. 452 – Dialektik der Natur; Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen):
"Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen.

Und etwas weiter im Text (MEW 20 S.455):

"Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist entgegengesetzte sind."

Als Beispiel wird von Engels angeführt:

"Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden – was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackten Fels hinterließen?"

Auch die Problematik der Abfälle und Emissionen wird von Marx im 'Kapital' angesprochen (MEW 25 S. 110 (Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals):

"Mit der kapitalistischen Produktionsweise erweitert sich die Benutzung der Exkremente der Produktion und Konsumtion. Unter ersteren verstehn wir die Abfälle der Industrie und Agrikultur, unter letztern teils die Exkremente, die aus dem natürlichen Stoffwechsel des Menschen hervorgehen, teils die Form, worin die Verbrauchsgegenstände nach ihrem Verbrauch übrigbleiben.... In Beziehung auf ihre Verwendung findet in der kapitalistischen Wirtschaft eine kolossale Verschwendung statt; in London z.B. weiß man mit dem Dünger von viereinhalb Millionen Menschen nichts Beßres anzufangen, als ihn mit ungeheuren Kosten zur Verpestung der Themse zu gebrauchen..."

Im Bild des Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde werden von Marx z.B. auch Fragen einer nachhaltigen, "dauernden Bodenfruchtbarkeit" thematisiert (MEW 23 S. 528 Große Industrie und Agrikultur):

"Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren sammelhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einer-

seits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungs-mitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandnen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen."

3. Was hat sich seit den Zeiten von Marx und Engels geändert? Auch Marxisten haben dazugelernt. Eine vernünftige gesellschaftliche Zukunft ist nur sozialistisch, demokratisch und ökologisch vorstellbar.

Trotz der grundsätzlich richtigen philosophischen Haltung von Marx und Engels zum Mensch-Natur-Verhältnis haben sie allerdings die ökologische Frage bei weitem nicht in ähnlichem Umfang ausgearbeitet und behandelt wie die soziale Frage, die Frage der Arbeit und der Ausbeutung des Menschen. Es wäre jedoch ungerrecht, sie deshalb zu kritisieren. Entscheidend ist, dass sie das Verhältnis zwischen Mensch und Natur und den Zusammenhang zur Produktions- und Konsumtionsweise grundsätzlich richtig bestimmt haben.

Und: seit den Zeiten von Marx und Engels vor 150 Jahren bis heute haben sich die ökologischen Probleme enorm zugespitzt. So kam Anfang der 1970er Jahre die Endlichkeit der Ressourcen in den Blick (Club of Rome, 1972), in diesen Jahren aber auch verstärkt die Problematik der lokalen, regionalen und grenzüberschreitenden Luftverschmutzungen (London Smog, troposphärische Ozonproblematik, Versauerung der Böden, Waldsterben) sowie die Verschmutzung und Übernutzung der Weltmeere, dramatischer Schwund der tropischen Regenwälder, Biodiversitätsprobleme und zum ersten Mal ein globales atmosphärisches Problem – die Abnahme des stratosphärischen Ozons ("Ozonloch" über dem Nord und Südpol). Nicht zu vergessen ist dabei jedoch auch die Militarisierung in und nach den beiden Weltkriegen und seitdem die irrsinnige, immer noch weiter wachsende Dimension der Rüstungsaktivitäten bis zur heutigen Präsenz imperialer Militärstützpunkte im globalen Maßstab. Dabei spielt die mehrfache Overkillkapazität durch Atomwaffen und die radioaktive Belastung der Atmosphäre durch die oberirdischen Nuklearwaffenversuche in den 50er Jahren und auch die potentiellen und schon eingetretenen Belastungen durch die zivile Nutzung der Kernenergie eine zusätzliche Rolle.

In den letzten Jahrzehnten hat die ökologische Frage zusätzlich eine völlig neue Dimension erhalten: Als das in mehrfacher Hinsicht z. Zt. und in Zukunft wohl gravierendste Problem im Mensch-Natur-Verhältnis ist der drohende globale Klimawandel anzusehen. Im Jahr 1990 wurde der erste IPCC-Bericht⁷ veröffentlicht und damit ist dieses globale Problem nicht mehr zu leugnen. Deshalb ist auch die häufige internationale Praxis zu befürworten, in den verschiedensten Klima-Zusammenhängen (Kyoto, Klimaschuld-Berechnung, Reduktions-szenarien...) das Jahr 1990 als sinnvolles Bezugsjahr zu definieren. Bei allen anderen Problemen im Mensch-Natur-Verhältnis kann man mit großer Berechtigung andere Zeitskalen begründen. Spätestens seit dem Zeitpunkt 1990, der zufällig mit dem Untergang der realsozialistischen europäischen Staaten zusammenfällt, haben sich zeitgenössische Marxisten und Sozialisten in neuer Weise mit der ökologischen Frage auseinandergesetzt.

Beim drohenden Klimawandel wird die wirklich globale Dimension des Problems besonders deutlich: Denn die – trotz der enormen Dimension – inzwischen anthropogen beeinflussbare Erdatmosphäre ist die Sphäre, die wie keine andere, globale Auswirkungen hat. Treibhausgasemissionen wirken zunächst nicht in erster Linie regional, sondern erst über das globale Klimageschehen vermittelt und zeitlich verzögert dann aber auch wieder regional und lokal.

D.h. mit dem Klimaproblem haben wir es zum ersten Mal mit einem globalen Menschheits-Problem in dieser schwer beherrschbaren Form zu tun. Der Rückgang der stratosphärischen Ozonschicht war vergleichsweise leicht zu lösen (s. Montreal-Protokoll), die oberirdischen Atomwaffenversuche (und damit auch die Verseuchung der Erdatmosphäre) und der drohende vielfache Wasserstoffbomben-Overkill ist schon wesentlich schwerer zu lösen, aber die Verhinderung des weltweiten Klimawandels würde eine weltweite solidarische Weltgemeinschaft voraussetzen, die nur nach einem radikalen Systemwechsel mit einer grundsätzlich anderen, nichtkapitalistischen Produktions- und Lebensweise denkbar ist.

Alle hier nur andeutungsweise erwähnten Umweltprobleme im Mensch-Natur-Verhältnis haben in erster Linie mit der Entwicklung des Kapitalismus zu tun. Deshalb ist es so wichtig und richtig, die Art und Dimension des heutigen kapitalistischen Systems auf der Basis der marxistischen Methode neu zu analysieren und zu interpretieren. Es geht aber auch darum, ein Problem wie die Bevölkerungsentwicklung neu zu durchdenken und nicht nur den Zusammenhang zur Ernährung zu diskutieren, sondern vor allem auch den Zusammenhang zur Regenerations- und Belastungsfähigkeit der Natur und schließlich der ganzen Erde. Zur Zeit von Marx gab es etwa 1,4 Milliarden Menschen auf dem ganzen Globus, heute sind es ca. 7 Milliarden.

Aus all den bisher ausgeführten Gründen ergibt sich, dass Marxisten und Linke die ökologische Frage gleichrangig behandeln müssen wie die soziale Frage. Es geht darum, das grundsätzlich philosophisch richtige Verhältnis von Marx und Engels zur Natur und damit zur Ökologiefrage unter Berücksichtigung der heute enorm verschärften Situation und der vielfachen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Die Befreiung des Menschen und die ökologische Regelung des Stoffwechsels mit der Natur hängen miteinander zusammen, siehe Marx im 'Kapital' Band 3 (MEW 25 S. 828):

"Die Freiheit ... kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn."

Die aktuelle Lösung ist also: Eine wirkliche Lösung der ökologischen Probleme ist nicht möglich ohne Klassenkampf und ohne Befreiung des Menschen vom Kapitalismus und umgekehrt, die Befreiung des Menschen, die Lösung der sozialen Frage ist nicht möglich ohne den Kampf für eine ökologische Zukunft.

Eine übergeordnete Aufgabe für die Zukunft ist es, eine sozialistische Vision einer steady state Ökonomie im Hinblick auf den Naturverbrauch zu entwickeln, die den Primärenergieverbrauch so weit beschränkt, dass dann nicht mehr als 1,5 t CO₂-Äquivalente pro Kopf im globalen Durchschnitt emittiert werden. Dies muss mit einer entsprechenden Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und anderer Naturbelastungen verbunden werden.

D.h. nach wie vor muss das Ziel sein: Die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch ein grundsätzlich anderes System, durch ein sozialistisches System. Und dieses sozialistische System ist nur demokratisch und ökologisch denkbar.

7) IPCC = Intergovernmental Panel on Climate Change

Kapitel II.

FRANZ GARNREITER

Elemente einer echten Energiewende

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit Voraussetzungen, wesentlichen Elementen und Rahmenbedingungen einer Energiewende hin zu einem Stopp der Klimazerstörung und hin zu einem langfristig natur- und sozialverträglichen Zusammenleben.

Der Ausgangspunkt für dieses Kapitel ist, dass die Energiemärkte längst nicht mehr geeignet sind (wenn sie es denn überhaupt je waren), die gesamtgesellschaftlichen Interessen – die Interessen der heute lebenden und der künftigen Menschen an einer dauerhaft verträglichen Lebensumwelt – zu befriedigen und zu befördern. Diese Erkenntnis führt zu dem Grundgedanken für eine Energiewende-Konzeption, dass die gegebene kapitalistische Marktwirtschaft durch eine demokratische gesamtgesellschaftliche Planung der Energiewirtschaft ersetzt werden muss. Dieser Grundgedanke wird in der weiteren Darstellung anhand der Benennung und Erläuterung einiger wichtiger Marksteine auf dem Weg zur Energiewende konkretisiert.



Bereits auf der Rio-Konferenz 1992 wurden Umwelt und Entwicklung als zwei Seiten einer Medaille betrachtet, als nur im Gleichklang erreichbar. Das bekräftigen wir hier: Häufig beschränkt sich die Energiewendediskussion allein auf die Veränderung der Energiewirtschaft und auf den sparsamen Umgang mit dem endlichen Rohstoff Energieträger, und häufig genug geht es sogar nur um den Marktanteilsge Gewinn von erneuerbaren Energieträgern. Zur Energiewende gehört aber ganz elementar auch der Kampf gegen Wachstumsideologie und -zwang. Das ist von zentraler Bedeutung. Und ebenso wichtig und unabdingbar – bedauerlicherweise aber oft vernachlässigt

und vergessen – ist es, über die unmittelbare Energiewirtschaft hinaus zu gehen und die vorhandene Gesellschaft viel tiefgründender umzugestalten, um eine friedliche und stabile und solidarische und nachhaltige Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Dazu gehört vor allem, bei allen Entscheidungen über die Nutzung von Energieträgern umfassende demokratische Verfahren anzuwenden sowie die sozialen Auswirkungen, die soziale Nachhaltigkeit, vor allem die Verteilung der Belastungen durch die Umgestaltung zu berücksichtigen und gegebenenfalls zu korrigieren.

1. Der Grundgedanke: Gesamtgesellschaftliche Planung statt unzureichender Märkte

Der kapitalistische Grundwiderspruch: besonders ausgeprägt in der Energiewirtschaft

Anders als in alten archaischen kann in modernen Gesellschaften niemand allein für sich, getrennt und nicht eingebettet in die umgebende Gesellschaft, produzieren und konsumieren. Arbeit, Produktion und Konsumtion aller Gesellschaftsmitglieder sind real voneinander abhängig und miteinander verwoben. In die kapitalistische, marktmäßige Organisation der Produktion gehen diese Gesichtspunkte aber überhaupt nicht ein: es gibt kein bewusstes, aktives, gemeinsames Produzieren, sondern der Kapitalist kümmert sich nur um seine individuellen betrieblichen Belange. Dementsprechend wird auch der Ertrag der gesellschaftlichen Produktion nicht etwa nach gemeinsamem Beschluss entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen verwendet, sondern vom Kapitalisten für sich vereinnahmt, privat angeeignet. Die Marktideologie verwischt diesen Widerspruch und bekräftigt die kapitalistisch-marktmäßige Organisation der Produktion mit der Vorstellung, der Marktmechanismus, also das Einander-Auskonkurrieren der Anbieter und Nachfrager, Sorge wie eine über den Niederungen der Produktion stehende und lenkende unsichtbare Hand dafür, dass alle Aktionen der Marktteilnehmer irgendwie zu einem gesamtwirtschaftlichen Optimum geführt werden. Dagegen zeigt die tagtägliche Realität, dass der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Bedarf und kapitalistisch vermittelter Produktion immer wieder in Krisen gelöst werden muss bzw. – das ist hier das Thema – in schwersten strukturellen Fehlentwicklungen wie der Klimaänderung die Lebensbedingungen der Menschen beschädigt oder gar zerstört.

Vor 200 Jahren in der Frühzeit der Marktwirtschaft erschienen solche Auswirkungen noch als vernachlässigbar gering. Ob der Bauer Weizen oder Rüben anbaute, ob der Müller das Mehl mit Wasserkraft oder mit Windkraft mahlte, ob der Schuster Stiefel oder Sandalen fabrizierte, das spielte für den Nachbarn, für den Konkurrenten und für die Natur kaum eine Rolle. Deren Belange konnten für die Produktionsentscheidung vernachlässigt werden. Diese Unkompliziertheit war sicherlich mit ein Grund dafür, dass ein individuell-egoistisches Denken als gerechtfertigt erschien und sich infolgedessen das Vertrauen in die gütigen Marktkräfte entwickeln konnte.

Das ist heute in weiten Bereichen völlig anders. Der Anbau von so genannten Biotreibstoffen oder von genveränderten Pflanzen, der Betrieb eines Atomkraftwerkes zur Stromerzeugung, die Herstellung von hunderttausenden Typen von kaum verrottbaren und in ihren Auswirkungen kaum erforschten Chemikalien und Kunststoffen, die Vernutzung der Bodenschatzvorräte des Erdballs in teilweise nur wenigen Jahrzehnten, die Vermüllung von Boden, Wasser, Atmosphäre in rasendem Tempo, Klimaänderungen hier mit eingeschlossen: das alles, all diese Entscheidungen haben total intensive, lang anhaltende und nur manchmal überhaupt revidierbare Auswirkungen auf unser aller Umwelt und unser aller Zusammenleben. Sie beeinträchtigen die Handlungsfreiheit und die Möglichkeit zur Zielerreichung anderer und zukünftiger Menschen fundamental.

Mit fortschreitender technischer Entwicklung sind die Energieerzeugung und der Energieverbrauch – vielleicht noch mehr als der Rest der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion – immer weniger eine aufs Individuelle beschränkte Angelegenheit, sondern eine mit stark steigenden gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. **Externe Effekte** nennen die Ökonomen solche Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen auf Dritte, auf eigentlich völlig Unbeteiligte, auf andere als den Konsumenten und den Produzenten. Ihre Zunahme bedeutet, dass zunehmend Kosten bzw. Schäden auf die Gesellschaft verlagert und insofern schwerste Zukunftsprobleme aufgebaut werden.

Diese externen Effekte kulminieren im Energiebereich

- bei den AKWs: Rechnet man alle Subventionen und alle auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten und Risiken (v.a. Endlagerung und Unfallschadensrisiko) zusammen, dann kostet der AKW-Strom nach diversen Berechnungen bis zu 2 Euro pro kWh, wovon bis zu 90 % der Kosten kollektiv finanziert sind bzw. Schäden und Risiken in der Gesellschaft in diesem Ausmaß hinterlassen;

- und bei der zu erwartenden Klimakatastrophe: "Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat." Mit diesem häufig zitierten vernichtenden Urteil beurteilte Nicholas Stern, der Autor des bekannten Stern-Reports über die Kosten des Klimaschutzes und des zu erwartenden

den Klimawandels, die Fähigkeit der unsichtbaren Hand des Marktes zur Vermeidung einer Klimakatastrophe.

Für Marx zeigt sich hier der **kapitalistische Grundwiderspruch**, der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung. Während in der heutigen wirtschaftlichen Produktion alle Aktivitäten, insbesondere die mit Energienutzung verbundenen, elementare Auswirkungen auf andere haben, während es sich also um gesellschaftliche Zusammenarbeit handelt (auch wenn sich die Handelnden subjektiv gar nicht als Zusammenarbeitende bewusst sind), geht dieser Sachverhalt in die Steuerung dieser gesellschaftlichen Produktion überhaupt nicht ein: Sie wird gesteuert nach dem Prinzip der privaten Aneignung, des Maximalprofits, völlig ungeachtet der Auswirkungen auf andere.

Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz fasst diesen Sachverhalt in folgende Worte: "Die Eigentümer von Energieunternehmen, die unseren Planeten in Gefahr bringen, können mit einem Riesengewinn nach Hause gehen, aber wir als Gesellschaft werden im Durchschnitt und mit ziemlicher Gewissheit die Verlierer dieses Spiels sein." (nach UNDP 2011, S. 21).

Die Energieversorgung ist ein öffentliches Gut

Die Marktideologie behauptet unter anderem, dass alle Energieverbraucher alle Preise im Blick haben und alle Möglichkeiten für rentable Kosteneinsparungen nutzen. Tatsächlich aber bleibt die Reaktion auf Preise, insbesondere die Reaktion mit Einsparinvestitionen (z.B. verbrauchsarme Kühlschränke oder Heizungspumpen, Wärmedämmung, verbrauchsarme Produktionsverfahren) dermaßen ineffizient und jämmerlich hinter aller gepredigten Theorie zurück, dass mittlerweile ganze Bibliotheken gefüllt werden können mit Studien über rentable, aber nicht ausgeschöpfte Einsparinvestitionen. Beispielsweise zitiert Stern (2009, S. 69) eine McKinsey-Studie, die für das Jahr 2030 weltweit rentable CO₂-Vermeidungsinvestitionen durch Energieverbrauchsreduzierung auflistet, die zu jährlichen Einsparungen von annähernd 300 Mrd. Euro führen würden – die aber angereizt und subventioniert werden müssen, weil sie sonst unterblieben. Man kann diesen Sachverhalt auch so interpretieren, dass private Investitionen zur Verbrauchsreduzierung allenfalls dann durchgeführt werden, wenn sie zu außergewöhnlich hohen Gewinnen führen.

Ein besonders prägnantes Beispiel für diese schweren Marktdefizite bietet die Erarbeitung des Energiekonzeptes der Bundesregierung im Herbst 2010. Um die Hausbesitzer hinsichtlich der energetischen Sanierung ihrer Häuser nicht zu überfordern, soll ihnen eine Wärmebedarfsminderung nur dann vorgeschrieben werden, wenn sie im Einzelfall rentabel ist. Das "geltende Wirtschaftlichkeitsgebot" soll "gewährleistet" werden (SZ, 18.9.2010). Wenn die Hüter der Marktwirtschaft meinen, rentable Investitionen per

Gesetz befehlen zu müssen, weil sie sonst nicht durchgeführt würden, dann ist das das perfekte Eingeständnis eines krassen Versagens der unsichtbaren Hand.

Als **öffentliche Güter** bezeichnet man Güter, die, statt nur ausschließlich von einem Konsumenten konsumiert zu werden, vielen Menschen gleichzeitig zur Verfügung stehen bzw. ihr Konsummuster und Wohlergehen beeinflussen. Das trifft im Kern auf die Energieträger zu. Jeder Bürger/jede Bürgerin eines Landes ist betroffen von der Energiewirtschaft und ihren Auswirkungen, und das weitgehend unabhängig davon, wie viel Energie er/sie verbraucht. So ähnlich wie vom Öffentlichen Nahverkehr oder vom Postwesen oder von der Wasserversorgung oder von der Bildungsinfrastruktur. In allen diesen Bereichen geht es um die Gestaltung einer grundlegenden Daseinsvorsorge für die Gesamtheit der Bürger.

Schon die enorme Netzabhängigkeit der Energiewirtschaft zeigt die Ähnlichkeit mit dem öffentlichen Gut Straßennetz. Mehr noch weist die enge Beziehung der Energieträger mit den klassischen öffentlichen Gütern Klimaschutz, Frieden, zukünftig stabiler Rohstoffreichtum darauf hin, dass Strom, Öl und Gas nicht mehr als private Güter, als marktfähige Güter klassifiziert werden dürfen. **Im Grunde produziert die Energiewirtschaft öffentliche Güter**, ähnlich wie Bildung, Nahverkehr, Gesundheitswesen. Die Aktivitäten der Energiewirtschaft führen dabei Auswirkungen mit sich, die noch viel weiter als bei den üblichen öffentlichen Gütern über die direkt Beteiligten hinaus reichen und heute sogar Menschen in fernen Erdteilen und Menschen aus viel späteren Generationen betreffen. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um schädliche, oft sogar um existenzbedrohende Auswirkungen.

Konsequenterweise muss die Energiewirtschaft wie die anderen öffentlichen Güter von der Öffentlichen Hand, nach Kriterien des Gemeinwohls, gesteuert werden. Die politischen Entscheidungen müssen die Energiewirtschaft prägen, nicht (nur) die Gewinnerwartungen, nicht (nur) die betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsrechnungen. Die Produktion von öffentlichen Gütern darf man sogar auch dann nicht dem Markt überlassen, wenn man an die Fata Morgana der effizienten Märkte glaubt.

Aufbau einer alternativen Energiewirtschaft

Die Produktion des öffentlichen Gutes Energie = Erzeugung und Nutzung von Energieträgern in öffentlichen Unternehmen nach Kriterien des Bedarfs und des sorgsamem Umgangs mit der Natur: das muss das Ziel der Energiewende sein, der Kern einer alternativen Energiewirtschaft. Die betriebswirtschaftliche Rentabilität als Steuerungskriterium muss ersetzt werden durch eine neue Rationalität. "Die neue Rationalität muss lauten: Wir produzieren das, was nützlich ist – für die Menschen, für die Umwelt, für die

Nachbarn, und wir produzieren dies mit einer Arbeitsorganisation und -menge, die Würde, Selbstbestimmung und Arbeitskraft der Beschäftigten Rechnung trägt." (Schuhler, isw-report 79, S. 29).

Anknüpfungspunkte für ein solches Herangehen sind auch heute schon vorhanden. Es gibt in vielen hunderten Kommunen Stadtwerke in öffentlicher Hand, die zumindest potentiell nicht (nur) nach dem Kriterium Kostenminimierung oder Gewinnmaximierung gesteuert werden. Es gibt weiter eine große Menge an Bürgerkraftwerken, Bürgersolaranlagen, Bürgerwindparks etc.: Anlagen, die sich in genossenschaftlicher, jedenfalls in gemeinsamer lokaler Verwaltung und im Betrieb von Menschen befinden, die sich für die Energiezukunft interessieren und engagieren.

Eine Entwicklung einer alternativen Energiewirtschaft bei Beibehaltung der Markt- und Politikdominanz der bisherigen Energiekonzerne ist illusionär. Allerdings muss die **Vergesellschaftung der großen Konzerne** Eon & Co nicht zwingend am Anfang der Energiewende stehen, auch wenn das auf Dauer unumgänglich ist. Hand in Hand mit dem Kampf um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses mit dem Ziel der Vergesellschaftung dieser Konzerne kann und muss mit dem Aufbau einer alternativen, neuen, demokratischen Energiewirtschaft begonnen werden, ggfs. konkurrierend zu den Energiekonzernen und ihnen Einfluss nehmend. Die neue Energiewirtschaft muss, wie im Folgenden erläutert, ein regionales, in der Fläche und in der Vielfalt der Einzelmaßnahmen verankertes System werden. Das ist sehr viel besser machbar mit der kleinräumigen Struktur der Stadtwerke und der Genossenschaften oder der Solarvereine usw., als dass man die Konzernstruktur dafür hernimmt. Allerdings bedarf das unbedingt einer staatlichen, politischen Unterstützung auf der kommunalen Ebene und in Form einer staatlichen Rahmenabsicherung. Das bedeutet wesentlich ein Zurückdrängen und Brechen der Marktmacht der Energiekonzerne (siehe die folgenden Punkte), und das erfordert daher eine Änderung der politischen Machtverhältnisse dahingehend, dass der Staat sich nicht den Verwertungsansprüchen der Konzerne unterwirft.

Die ersten wichtigen Schritte in Richtung auf eine alternative Energiewirtschaft, schon vor einer umfassenden Vergesellschaftung der Konzerne, also einer grundlegenden Umwälzung des Wirtschaftssystems, sollen hier im Vordergrund stehen.

Eine solche Herangehensweise an eine Energiewende ist unabhängig vom Zustandekommen und von der Qualität eines **internationalen Klimaschutzabkommens**. Das entspricht auch einem ganz elementaren Verantwortungs- und Gerechtigkeitsdenken: Wer Schadstoffe in die Luft setzt, der muss sich anstrengen, um das zu reduzieren, zu verhindern, wieder gut zu machen und zu kompensieren (soweit das geht), und zwar ganz unabhängig davon, ob der Nachbar, der Konkurrent, ebenfalls so handelt oder

nicht. Das Handeln der Nachbarn wird freilich unser Handeln beeinflussen und ein gutes Klimaschutzabkommen wird vieles einfacher machen, aber der Entschluss zu wirkungsvollem und nachhaltigem Handeln darf keinesfalls von der Bereitschaft der Nachbarn zum Klimaschutz abhängen.

2. Marksteine auf dem Weg dorthin

Ansatzpunkt eins: Wirtschaftliche Entscheidungen demokratisieren

Trotz aller Privatisierungsanstrengungen liegen nach wie vor beträchtliche Teile der Wirtschaft in öffentlicher Hand – und zwar besonders wichtige: Branchen, die wesentlich sind für Fragen der Nachhaltigkeit gegenüber der Umwelt und für das soziale Zusammenleben der Menschen. Im Regelfall handelt es sich um Unternehmen in kommunalem Besitz, also in einem für interessierte Bürger relativ einflussoffenen Umfeld. In unserem Zusammenhang ist die Energiewirtschaft zu nennen, die sich in Form der Stadtwerke zu einem wesentlichen Teil in kommunaler Hand befindet. **Kommunale Betriebe** spielen in der Energieversorgung eine wichtige Rolle als mögliche **Kristallisationskerne für einen demokratischen Umbau** der Wirtschaft, darüber hinaus aber auch in einer ganzen Reihe weiterer Bereiche, die für die alltägliche Versorgung der Menschen wesentlich sind.¹

Die **wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisieren**, das ist das Allgemeine bei der Umgestaltung der Wirtschaft: Die bestehende Verpflichtung kommunaler Betriebe auf das Gemeinwohl bildet die Ausgangsbasis. Dieser Gedanke setzt auf eine möglichst breit angelegte Willensbildung und Einflussnahme auf das Was und Wie der Produktion und Tätigkeit dieser Betriebe. Es reicht nicht, das einem gewählten Stadtrat alleine zu überlassen, auch wenn er eine zentrale Position bei der Meinungsbildung innehaben soll, und es reicht auch nicht, ihm ein Konsultations- oder Beratungsgremium ohne Mitentscheidungsbefugnis zur Seite zu stellen. Wichtig für eine demokratisch aufgebaute Kommunalwirtschaft sind Entscheidungsgremien, in denen auch die Interessen von Bürgerinitiativen vertreten sind, darüber hinaus auch die Interessen der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaft, von Verbraucherverbänden, von Sozialverbänden. Zusammen müssen die so organisierten Interessen der Betroffenen zu einem Beschluss über die Geschäftspolitik kommen, die dann ein Kernelement der lokalen Wirtschaftspolitik ist. Die hohe Transparenz der Entscheidungsvorgänge durch die Bürgerbeteiligung verringert auch die Korruptionsgefahr und drängt den Lobbyismus zurück.

Die Normalität von demokratischen Entscheidungsverfahren, eine gleichmäßigere und weniger autoritäre Machtverteilung, das Wissen um soziale Belange und Rechte: das alles dient nicht nur generell den Interessen der Bevölkerung, sondern das beeinflusst auch die Umwelt positiv. Das UNDP stellt in seinem aktuellen "Bericht über die menschliche Entwicklung" fest: "In 180 Ländern verbessern Variablen wie Alphabetisierung, politische Rechte und Bürgerrechte die Umweltqualität in Ländern mit hohem sowie niedrigem Einkommen. Länderübergreifende Analysen von mehr als 100 Ländern bestätigten den engen Zusammenhang zwischen indirekten Maßnahmen für die Machtverteilung und die Umweltqualität." (UNDP 2011, S. 81). Das UNDP plädiert deshalb sehr für die Integration von Gerechtigkeitsaspekten und von rechtlicher und politischer Mitbestimmung bei umweltpolitischen Konzepten und Programmen (ebda., S. 106).

Solidarität einzuüben und Mitbestimmung zu lernen ist ganz sicherlich ein anstrengender Prozess in einer Gesellschaft, die bis heute den Konkurrenzkampf eines jeden gegen jeden fördert und fordert. Das Grundprinzip Arbeitsteilung und die Herrschaftsverhältnisse in unserer Gesellschaft lassen das Wahlvolk nur einmal alle vier Jahre kurzzeitig aktiv werden und zwischen diesen Zeitpunkten den Abgeordneten und Regierenden nur dabei zuschauen, welche Initiativen Lobbyisten nahelegen und Parteistrategen ergreifen. Im Vergleich zu dieser erzwungenen Nichttätigkeit – und zu Aktionen, die nur informellen politischen Druck aufbauen können – wird sich die (interessierte) Bevölkerung viel mehr mit Sachfragen auseinandersetzen müssen und mit Mitbestimmungsverfahren: Verfahren, wie konfligierende Interessen ausgehandelt, geregelt und weiterführende Kompromisse gefunden werden können; wie die gemeinsamen Interessen in der Menge der einzelnen Interessen zu erkennen und zu bewerten sind; wie Verantwortung zu übernehmen ist.

Daher: Am Gemeinwohl statt am Profit orientierte Entscheidungen

Elementarer Bestandteil einer (Re-)Kommunalisierung muss die kommunale Verfügung über die Stadtwerke sein. Ihre Privatisierung muss rückgängig gemacht, ihre Profitorientierung muss beendet und die Stadtwerke müssen zum Werkzeug einer demokratischen basisnahen Klimapolitik entwickelt werden. Die so genannte Daseinsvorsorge ist ihr Aufgabengebiet – ein Kernbegriff in der Kommunalpolitik, der allerdings vage und interpretationsbedürftig ist und daher politisch gefüllt und konkretisiert werden muss. Hier ist zumindest potentiell die Möglichkeit gegeben, mit einer Wirtschaft ohne Konkurrenz zu experimentieren, mit einer Steuerung der Produktion durch

1) Beispielsweise die Wasserversorgung, das Bäder-/Freizeitangebot, Müllabfuhr & Recycling, eine am Gemeinwohl orientierte Wohnungswirtschaft, die Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser) und nicht zuletzt mit den Sparkassen die Finanzwirtschaft.

kollektiv diskutierte und demokratisch gefasste Beschlüsse. Die Umgestaltung erfordert von den Kommunen und den interessierten und beteiligten Bürgern, eine nachhaltige Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik in die Wege zu leiten. Das erfordert auch die Umkehr des Trends zur Verbetriebswirtschaftung, des Trends zur Führung öffentlicher Unternehmen rein nach Rentabilitätskriterien wie private Unternehmen (was natürlich kein Aufruf zur Verschwendung wirtschaftlicher Ressourcen ist).

Wenn es gelingt, gestützt auf demokratische Entscheidungsfindung und damit von breiter Zustimmung getragen, in der Energiewirtschaft (und auch in anderen Wirtschaftsbereichen) kommunale Betriebe stark zu machen, ihnen erweiterte und neue Aufgaben für die Umgestaltung zu geben, ihnen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zur Seite zu stellen, sie in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung führend zu machen: Dann könnte im Energiebereich (und auch in anderen Bereichen) die Konkurrenzwirtschaft in Frage gestellt und gebrochen werden, den Konzernen – so weit sie noch privatwirtschaftlich gesteuert werden und noch nicht vergesellschaftet sind – starke Alternativen gegenüber gestellt und Erfahrungen mit alternativen Wirtschaftssteuerungen gesammelt werden. Das könnte ein wesentliches Moment eines **kollektiven Ausstiegs aus dem kapitalistischen System** sein. Diese Struktur könnte auch eine Menge Freiraum haben für kreative Interessierte oder auch zu Genossenschaften zusammen geschlossene Menschen, die ihr eigenes Geschäft aufbauen und sich darin verwirklichen wollen.

Ansatzpunkt zwei: Dezentralisierung und Regionalisierung der Energiewirtschaft

Charakteristisch für die alte Energiewirtschaft ist es, dass sie sich in industriellen Riesenanlagen konzentriert: etwa Großkraftwerke, Supertanker, Pipelines, Förderanlagen in extremen Gegenden (Arktis, Tiefsee), Endlager monströsen Ausmaßes, interkontinentale Stromautobahnen. Insbesondere der Übergang zu **regenerativen Energien** öffnet der Energiewirtschaft zumindest die Möglichkeit zu einer Dekonzentration, zu einer Dezentralisierung. Denn anders als die Förderung und Verbrennung fossiler oder atomarer Energieträger in Großanlagen ist die Sammlung von Regenerativen eine kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Eine einzelne regenerative Anlage ist hinsichtlich ihrer Erzeugungsleistung meistens winzig klein im Vergleich etwa mit einem Kohlekraftwerk. Also muss es eine Vielzahl von Solaranlagen, Windrädern, Biogasanlagen, Geothermie-Wärmepumpen, kleinen und größeren Blockheizkraftanlagen usw. geben, die am besten vor Ort koordiniert und betreut werden.

Und derselbe Impuls Richtung Regionalisierung der Energiewirtschaft ergibt sich aus der Förderung der **Energieeinsparung**, der Durchführung von energie-

sparenden Investitionen – von der Beleuchtung über Wärmedämmung und Industriemotoren bis zur Ansiedlungspolitik von Industrie- und Verkehrsanlagen. In allen Fällen ist Vor-Ort-Handeln notwendig.

Eines der großen Probleme bei der gegenwärtigen Energieversorgungsstruktur sind die **riesigen Wärmemengen** bei der zentralisierten Stromerzeugung. In den üblichen Kraftwerken kann nur 40 % der eingesetzten Energie in Strom umgewandelt werden. Der große Rest muss als nutzlose Abwärme in die Umwelt abgelassen werden – es sei denn, diese Wärme kann zur Wärmeversorgung genutzt werden. Das ist nur machbar bei einem Wärmebedarf in der Nachbarschaft zum Kraftwerk, am einfachsten mit dezentralen (Block-)Heizkraftwerken. Insofern liegt es nahe, dass die kommunale Energiewirtschaft, die Stadtwerke, das Zentrum von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken.

Jenseits der kommunalen, regionalen Ebene wird weiterhin Bedarf sein für **überregionale Aktivitäten**, für die die bisherigen Konzerne bzw. ihre vergesellschafteten Nachfolger in Frage kommen: etwa der Betrieb der überregionalen Strom- und Gasnetze, der Betrieb von Gasspeichern, Raffinerien, verbleibenden Großkraftwerken, die Abwicklung der Atomwirtschaft, der Bezug und der internationale Handel mit fossilen und regenerativen Energieträgern zur Bedarfsdeckung oder zum Spitzenlastausgleich. Dabei müssen diese Tätigkeiten Unterstützungsfunktionen für die dezentrale Vor-Ort-Energiewirtschaft darstellen und nicht wie in der alten Energiewirtschaft die örtlichen Verteiler zum Letztausführenden der überregionalen Entscheidungen degradieren.

Daher: Kommunale Betriebe im Zentrum der neuen Energiewirtschaft

Die Stadtwerke sind das Kernstück einer dezentralen, kleinräumigen Energieversorgung. Sie sind nah an den konkreten Gegebenheiten. Sie müssen eingesetzt werden zur Förderung und Durchsetzung regenerativer Energien, von Wärmeschutz (Dämmung) und intelligenter Heiztechnik, zum Ausbau der Stromerzeugung auf der Basis Kraft-Wärme-Kopplung (konkurrierend zu den Stromkonzernen und diese zurückdrängend), und schließlich zur Durchsetzung von klimaschonenden Motoren (Busse) und eines in die Zukunft weisenden Nahverkehrssystems. Besonders wichtig ist es, dass Stadtwerke aufgebaut und miteinander vernetzt werden als basisnahe Kompetenzzentren für Energieeinsparung und alternative Energien sowohl in öffentlichen Bereichen wie auch zur Beratung und Hilfestellung für Private. Noch auf lange Zeit wird die Reduzierung des Energieverbrauchs entscheidend sein: nur ein drastisch reduzierter Verbrauch lässt sich sinnvoll und nachhaltig durch regenerative Energieträger befriedigen.

Förderlich wäre es, wenn sich die Kommune verpflichten würde, ihre Gebäude zügig auf energetisch vorbildliche Weise zu modernisieren und alle Neubauten in Passivhaus-Bauweise (kein Fremdenergiebedarf von Dritten) zu bauen. Das könnte eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen.

Ein wichtiger Punkt für kommunale Unternehmen, der über Stadt und Stadtwerke hinaus reicht, ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in kommunal-eigenen Unternehmen oder auch in Genossenschaften. Dies in Konkurrenz bzw. als positives Beispiel für den privaten Wohnungsbau. Den Wohnungsbau aus der Profitwirtschaft heraus zu lösen, ermöglicht es, das Mieter-Vermieter-Dilemma (Vermieter investiert nicht in teure energiesparende Anlagen, die nur dem Mieter nützen) direkt anzugehen.

Eine sinnvolle Energiepreispolitik durchführen

Eine Energiewende besteht nicht nur aus der Aufwertung der Stadtwerke und ihrer Umwandlung zu einem Klimaschutzinstrument. Um die Klimazerstörung zu stoppen, sind eine ganze Reihe weiterer strategischer Maßnahmen nötig.

So lange die Wirtschaft eine Geldwirtschaft ist und auf Märkten beruht, ist der Energiepreis eine wichtige Variable für die Energienachfrage. Eine Energiesteuer ruft eine – allerdings unzureichende – Verbrauchsreduzierung hervor und Ähnliches bewirkt auch das CO₂-Zertifikatesystem, wie es seit etlichen Jahren in der EU institutionalisiert und ausgebaut wurde. Dieses letztere besteht in der Pflicht, für jede CO₂-Emission einen Berechtigungsschein (ein Zertifikat) vorzuweisen, also von einer staatlichen Emissionsstelle zu kaufen – so wie man für einen Postdienst eine Briefmarke kaufen muss. Die Zertifikate werden in einer Jahr für Jahr knapperen Anzahl ausgegeben. Auf diese Weise soll die Gesamtemission kontinuierlich heruntergefahren werden.

Das wird in der Praxis viel weniger gut wirken als in der Theorie. Zum einen ist das System für Kleinemittenten (Autofahrer, Wohnungsbeheizung) sehr umständlich, so dass auch beim heutigen Zertifikatesystem nur 40 % der Emissionen zertifikatpflichtig sind. Zum anderen ist auch hier letztlich der CO₂-Preis der Schlüssel zur Verbrauchsreduzierung: Muss ich die Mehrkosten (Preissteigerungen aufgrund der Verknappung) in Kauf nehmen oder kann ich sie vermeiden? Bei welchem Zertifikatspreis lohnen sich Einsparinvestitionen, und kann ich dann die überschüssigen Zertifikate verkaufen? Es ist aber kurzfristig und auch langfristig völlig offen, ob der Zertifikatspreis steigt oder fällt, und wie stark er das tut. Unsichere Preissignale führen erfahrungsgemäß aber immer zum Abwarten, also zu noch schwächeren Reduzierungsaktivitäten, als bei stabilen Preistrends zu erwarten sind.

Der bessere Hebel für die Beeinflussung der Nachfrage über den Preis wird also die Energiesteuer bzw. die direkte Preisgestaltung sein. Ihr großer Vorteil ge-

genüber dem Zertifikatesystem ist die problemlose flächendeckende Erfassung des kompletten Energieverbrauchs.

Über einen Energiesteueraufschlag hinaus wird es in vielen Fällen darum gehen, den Energiepreis aus dem Marktmechanismus heraus zu lösen und unmittelbar politisch festzulegen. Die Preispolitik hängt eng mit der Verteilungspolitik zusammen. Man wird beidem gleichzeitig gerecht werden, wenn man für den Grundverbrauch Niedrigpreise festlegt oder eine kostenfreie Menge Energie zur Verfügung stellt. Dafür sollten mit zunehmendem Verbrauch die Energiepreise drastisch steigen. Statt einer einfachen Preiserhöhung geht es also hauptsächlich um ein ganz anderes Preisgefüge. In diesem Rahmen muss auch dafür gesorgt werden, dass die hohe Nachfragemacht von industriellen Größtverbrauchern nicht mehr zu Sondernachlässen und Tiefstpreisen führt. Ein weiterer Gedanke ist, die Einnahmen aus der Energiebesteuerung teilweise direkt zur Umverteilung zu verwenden (das bisherige Hartz-IV-System und Ähnliches aufzustoßen), teilweise für internationale Unterstützung und teilweise für Energieforschung u.ä.

Flankierung durch die "große Politik"

Natürlich kann eine Kommune, die nicht mal Gesetze beschließen kann, nicht autonom und beliebig ihren Weg gehen. Je umfassender die politische Umwälzung von der Regierungspolitik in Angriff genommen wird, desto besser. Doch muss ein Minimum an flankierenden Maßnahmen von der Bundes- und der Länderebene gestaltet werden, um den Weg für die Kommunen frei zu schalten. Derzeit sind den Geschäftsfeldern öffentlicher Betriebe enge Grenzen gesetzt, da sie keine Privatbetriebe verdrängen dürfen. Zugunsten der kommunalen Betriebe und zugunsten einer Forcierung der Energiewende müssten umgekehrte Regulierungen getroffen werden, etwa:

- Vergesellschaftung der überregionalen Strom- und Gasnetze, dadurch direkter Zugang zum Netzausbaubedarf im Rahmen der Energiewende ohne hinhaltenen Widerstand oder Subventionsforderungen der Netzbetreiber;
- Vorrang der Stadtwerke und Vorrang für regenerativ und in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Strom vor allen anderen Einspeisern in das Stromnetz;
- Überwachung der Energiepreise für industrielle Verbraucher: die häufige Praxis, dass Größtverbraucher günstige Preise erreichen, ist zu unterbinden;
- Rückgängig machen der vielen Subventionen an industrielle Großverbraucher, bestehend aus: minimale Konzessionsabgaben an die Gemeinden; Reduzierung bei der Strom- und Ökosteuern; Reduzierung bei der EEG- und der KWK-Umlage; Befreiung von den Stromnetzskosten; kostenfreie Zuteilung von CO₂-Zertifikaten – dies alles wird begründet mit Erfordernissen der internationalen Konkurrenzfähigkeit und es beläuft sich derzeit auf etwa 10 Mrd. Euro jährlich (rls 2012);

- Neubaugenehmigung für die Energiekonzerne für Kraftwerke, Windparks usw. nur dann, wenn sich keine Stadtwerke(-Kooperationen) oder genossenschaftliche Bürgerzusammenschlüsse dafür finden;
- Bereitstellung einer ausreichenden steuerlichen Finanzierung der Kommunen, vor allem auch dafür, dass als sinnvoll erachtete, aber betriebswirtschaftlich nicht (ganz) rentable Vorhaben finanziert werden können. Nach einer KfW-Studie müssen die Kommunen 75 Mrd. Euro aufbringen, um ihren Gebäudebestand energetisch auf den aktuellen Neubaustandard zu bringen (SZ, 16.3.2012);
- Kontrolle des internationalen Handels: Einführung von Zöllen oder Importbeschränkungen gegenüber energieintensiven, klimagefährdenden, nicht nachhaltigen Produkten aus Ländern ohne Klimaschutzpolitik – das ist allerdings völlig kontrovers zu den gültigen WTO-Freihandelsverträgen, es geht also um die (Rück-)Gewinnung des politischen Gestaltungseinflusses auf den internationalen Handel²; immerhin fordert das auch der Beirat des Wirtschaftsministers, was dieser allerdings gleich ablehnte (SZ, 27.3.2012);
- Eindämmung der überlangen Transportwege, die entstanden sind durch die Aufspaltung der Produktion von Kartoffelchips bis zum Laptop in Unmengen Einzelteilen, die jeweils in weit entfernt liegenden Standorten, oft in verschiedenen Erdteilen, gefertigt werden, eine Folge der neoliberal verstandenen Globalisierung; hier wird eine internationale Abstimmung und Koordinierung der Standortpolitik sehr hilfreich sein.

Staatliche Energieforschung im Interesse des Gemeinwohls

Ein spezieller und sehr wichtiger Punkt für staatliches Handeln ist die Forschungspolitik. Die konzentrierte Macht der Energiekonzerne hat durchgesetzt, dass der Staat enorme Forschungsaufwendungen im Interesse der Konzerne finanziert und die Ergebnisse diesen zur Verfügung stellt. Insofern werden die Konzerne subventioniert. Hermann Scheer bezifferte schon 2005 (S. 112) allein die von den Staaten finanzierte zivile Atomforschung auf weltweit über 1000 Milliarden Dollar. Solcherart konzernfreundliche Forschungsförderung gibt es in vielen Varianten, nicht nur für die Atomindustrie: etwa der Abriss von AKWs oder die Entwicklung von Castor-Behältern, ihr Transport und ihre Lagerung, die CCS-Technik der CO₂-Abscheidung, die Entwicklung von Schadstoff-Rückhaltetechniken, auch der Transrapid inklusive seines Streckenbaus und vieles mehr. Dagegen sind die Entwicklung von regenerativen Energien (weltweit 40 Milliarden Dollar an staatlicher Förderung = 4 % der Atomforschungshilfe; Scheer, ebda.) und erst recht die in staatlichen Forschungsbudgets nur in Spuren-

elementen auffindbare Energiesparforschung für die öffentlichen Hände offenbar kein wichtiges Forschungsthema.

Der Staat besitzt viele hoch effiziente Forschungsgesellschaften. Ziel muss sein, die Energieforschung inklusive der Energiespartechniken unter öffentliche Kontrolle zu bekommen, die Forschungsziele nicht mehr nach den Konzernbedürfnissen auszurichten, sondern demokratisch gefassten Beschlüssen zu unterwerfen, an den Bedürfnissen der dezentralen, kommunalen, neuen Energiewirtschaft zu orientieren, und die daraus resultierenden Patente (generell: das so erworbene Wissen) gerade nicht den Konzernen zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sind sie entsprechend der beschlossenen Klimapolitik unter öffentlicher Kontrolle zu verwerten, zum Beispiel für höhere Wirkungsgrade bei der Verbrennung, Stromspeichertechniken, energiesparende Motorentechniken, Gebäudedämmtechniken u.ä. Die Forschungsergebnisse wären bevorzugt Stadtwerken oder Stadtwerke-Kooperationen oder staatseigenen Verwertungsfirmen zur Verfügung zu stellen.

Auch an dieser Stelle werden die Weichen dafür gestellt, ob der Klimaschutz künftig vorwiegend auf AKWs, CCS, Agrarenergie, Desertec-Allmachtsphantasien, Geoengineering von der Schwefelanreicherung der Luft bis zu Sonnensegeln im Weltall beruht, oder ob es gelingt, den Klimaschutz mit dezentralen, nachhaltigen, wenig eingriffsintensiven Techniken und Maßnahmen zu erreichen.

Umverteilung statt Wachstum

Die Sanierung des Klimas und der damit zusammenhängende Umbau der Wirtschaft haben weitreichende Auswirkungen. Damit sind mit Sicherheit **massive Belastungen** verbunden, auch dann, wenn die Verhinderung der Klimakatastrophe teilweise eine finanziell rentable Angelegenheit ist.

Würde man die Einkommens- und Verteilungsauswirkungen eines solchen Umbaus den Marktkräften überlassen, also allein das Kriterium Zahlungsfähigkeit wirken lassen, dann wären schwerste Verwerfungen zulasten der Schwachen in der Konkurrenz um Einkommen, Arbeitsplätze, Lebenschancen zu erwarten. Es könnte auf eine Art Ökodiktatur der Konkurrenzstarken, der großen Kapitalien, hinauslaufen. Ein so gestalteter Wirtschaftsumbau würde für den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft sicherlich kein friedlicher werden. Das ist ein weiterer wichtiger Grund, die Energiewirtschaft zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen und sie demokratisch zu regeln.

In der heutigen Welt beläuft sich die Spanne der Verteilung des verfügbaren Einkommens von weniger als 1 Dollar bis auf viele Tausend Dollar pro Kopf

2) Die Anerkennung des WTO-Prinzips, dass Freihandel unantastbar ist und Priorität auch gegenüber Umweltschutzargumenten genießt, erfordert letztlich, dass Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften nur im Gleichschritt in allen Ländern umsetzbar ist, jedenfalls in den gleich konkurrenzstarken Ländern. Daher die Fixierung auf internationale Klimaschutzabkommen und die weitestgehende Tatenlosigkeit in Folge des Scheiterns aller Verhandlungen.

pro Tag. Das isw hat vor kurzem vorgerechnet, dass – bei gleichbleibendem Welt-Gesamteinkommen – eine ganz andere und sehr viel gleichmäßigere weltweite Verteilung rein rechnerisch denkbar wäre als die heutige extrem ungleichmäßige. Wenn weltweit niemand mehr Einkommen erhalten würde als der deutsche Medianbürger (das ist der Bürger, von dem aus betrachtet die eine Hälfte der deutschen Bevölkerung mehr Einkommen erhält und die andere Hälfte weniger), und wenn das bisher darüber liegende Einkommen so umverteilt würde, dass weltweit die Einkommen von allen Menschen mit sehr niedrigem Einkommen auf ein Mindesteinkommen angehoben würden, dann würde die Spannweite der Einkommen auf den Faktor 5 schrumpfen (vgl. isw-report 88: Welt-Einkommensverteilung). Das ist nur ein Rechenexempel, aber es zeigt, dass eine Umverteilung auf alle Fälle ein wichtiger Hebel sein kann und auch sein muss bei der Frage, wie das Elend der Ärmsten der Welt gelindert werden kann bei in etwa gleich bleibender Gesamt-Umweltbelastung. So lange die – nationalen und internationalen – Verteilungsstrukturen noch nicht von Grund auf anders, gerechter, nachhaltiger, friedlicher geregelt sind, wäre eine Art Einsparfonds oder Nachhaltigkeitsfonds eine Idee, gefüllt mit den Energiesteuern der Groß- und Höchstverbraucher.



Noch viel mehr gelten solche Gedanken, wenn insgesamt die dringendst gebotene Reduzierung auch aller anderen Rohstoffverbräuche und Schadstoffeinträgen bewerkstelligt werden soll. "Der ökologische Fußabdruck zeigt, dass die Welt ihre Gesamtkapazität zur Bereitstellung von Ressourcen und zur Aufnahme von Abfällen zunehmend überschreitet. Wenn bei heutigem technologischem Stand jeder auf der Welt genauso viel verbrauchen würde wie die Menschen in den Ländern mit sehr hohem HDI³, dann würden wir mehr als drei Planeten wie die Erde benötigen, um der Umweltbelastung standzuhalten."

(UNDP 2011, S. 31). Die erzwungene Bescheidenheit der armen Menschen hat die Erde bisher vor dem Umweltkollaps bewahrt.

Wachstum kann vor diesem Hintergrund kein positives Ziel an sich sein. Stattdessen muss zumindest für die reichen Länder eine massive Reduzierung des ökologischen Fußabdruckes gefordert werden, was – jedenfalls für die Zeit nach dem ökologischen Umbau – eine Wirtschaft ohne Wachstum nahelegt. Ein erster Ansatz könnte sein, den Gedanken des Teilens von Gebrauchsgegenständen, der gemeinsamen Nutzung, populär zu machen, z.B. Car-sharing.

Und insbesondere ist es nicht ausreichend, lediglich die konventionellen Energieträger durch erneuerbare zu ersetzen, auch wenn damit kein Energieverbrauchswachstum verbunden ist. Auch wenn Sonne und Wind auf immer Energie spenden, so sind die Sammel- und Verteilsysteme (von PV-Anlagen über Windräder bis zu Biomassekraftwerken samt den notwendigen Übertragungsnetzen) rohstoffverbrauchend, sogar sehr rohstoffintensiv und von recht beschränkt vorkommenden oder gar seltenen Rohstoffen abhängig. Wirtschaftliches Nullwachstum muss beim Rohstoffverbrauch auf alle Fälle zu einer massiven Verbrauchsminderung führen.

Auch wenn eine Gesellschaft materiell nicht mehr nennenswert wächst, heißt das keinesfalls, dass Produktivitätssteigerungen überflüssig oder irrelevant sind. Technische und organisatorische Verbesserungen können zur weiteren Erleichterung des Lebens beitragen, sie können die notwendige Arbeitszeit verkürzen und ein angenehmeres Leben ermöglichen.

Wenn die Gesellschaft autonom und demokratisch über den Umbau ihrer Wirtschaftsweise befindet, dann ist sie auch nicht mehr abhängig von der Existenz eines internationalen Abkommens als eine Art Vorbedingung für nationale Klimaschutzanstrengen. Dann kann und muss jede Gesellschaft nach dem Verursacherprinzip ihrer Verantwortung für den Zustand der Welt gerecht werden und Konsequenzen daraus ziehen, ohne nach der Konkurrenz mit eventuell kostengünstigeren Produktionsstrukturen zu schielen. Dann ist ein weltweites Klimaschutzabkommen nicht mehr die Voraussetzung für den Beginn des Umbaus, sondern die Zusammenfassung aller Aktivitäten zur Beschleunigung der Klimasanierung.

Negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze vermeiden

Ähnlich wie die Auswirkungen auf die Einkommensverteilung müssen auch die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bedacht werden. Arbeitsplatzverluste in Atom- und fossilen Kraftwerken oder im Kohlenbergbau u.ä. müssen aufgefangen werden durch gleich-

3) Der HDI ist ein Index der menschlichen Entwicklung, ein Maß des UNDP für jedes Land, das Auskunft gibt über das materielle, gesundheitliche und bildungsmäßige Wohlergehen. Einen sehr hohen HDI erhalten 47 von insgesamt 187 Ländern mit 16 % der Weltbevölkerung.

wertige Arbeitsplätze in der neuen Energiewirtschaft. Da diese deutlich arbeitsintensiver ist als das bisherige System, müsste das gut machbar sein.

Das Finanzkapital entmachten

Das Finanzkapital (das Konglomerat Banken, Versicherungen, Fonds, Börsen) steht nicht neutral zu einer Energiewende, sondern hängt an Großkonzernen, Großaktionären am Spiel mit dem großen Geld. Die lokale Sparkasse freut sich vielleicht über einen Kredit für eine Photovoltaikanlage oder eine Heizkraftanlage im Keller. Die mächtigen Agenten in dieser Branche bevorzugen aber lieber ein AKW statt 100.000 kleinen BHKWs. Oder lieber ein Desertec statt Millionen PV-Anlagen. Diesen verzerrenden Einfluss gilt es auszuschalten, etwa dadurch, dass die Finanzierung jeglicher staatlicher und kommunaler energiewirtschaftlicher Aktivität ausschließlich über den Sektor Sparkassen oder Genossenschaftsbanken läuft.⁴

Ein weiterer und noch wichtigerer Punkt ist die Derivatespekulation, hier der Handel mit Terminverträgen für Rohstoffe (v.a. Energieträger und Agrarstoffe) und der Handel mit Emissionszertifikaten (Berechtigungsscheine für die Emission von Treibhausgasen). Es mag sein, dass es für einen Rohstoffhersteller wichtig ist, im Voraus schon gesichert einen Abnehmer zu kennen, und umgekehrt für einen Rohstoffverbraucher, sich die Rohstoffe zum festen Preis zu sichern; es mag sein, dass ein Energieverbraucher wegen unerwarteter Entwicklungen Zertifikate zukaufen muss oder auch übrig hat: diese Absicherungsbedürfnisse sind in einer Marktwirtschaft normal. Sie werden üblicherweise von einem Vermittlerbüro (in der Regel eine Bank oder eine Börse) durchgeführt, so wie Maklerbüros zwischen Hauskäufern und Hausverkäufern vermitteln.

Das mag in der gegebenen Marktwirtschaft tolerabel sein. Was aber keineswegs tolerierbar ist und daher abgeschafft gehört, das ist, wenn die Banken und die anderen Finanzagenten (Fonds v.a.) mit diesen Futures, Optionen, Zertifikaten untereinander handeln. Den allergrößten Teil, wahrscheinlich 90 % oder mehr, dieses Handels machen solche Käufer und Verkäufer, die am materiellen Inhalt (am physischen Rohstoff, am Zertifikat für eine beabsichtigte Emission) überhaupt kein Interesse haben, sondern lediglich an der künftigen Preisentwicklung dieser Papiere⁵. Hier zählt ausschließlich die Spekulation. Um die Spekulation zu unterbinden und die oft bizarren Sprünge der Rohstoffpreise zu eliminieren, um also ein stabiles Rohstoffpreissignal an die Verbraucher überhaupt zu ermöglichen, müsste jeglicher Derivate-

handel untersagt werden, bei dem zwei Finanzagenten einander gegenüberstehen. An dieser Regelung müsste eigentlich schon die bestehende Realwirtschaft (die Industriekonzerne) ein Interesse haben.

Internationale Zusammenarbeit, Unterstützung der armen Länder, Technologie-Weitergabe

Das Verhältnis der industrialisierten zu den armen Ländern ist heute noch dadurch charakterisiert, dass jährlich zig Millionen Tonnen Elektronikschrott in die armen Länder gekarrt werden und dort mit absolut umwelt- und menschenfeindlichen Methoden "entsorgt" werden, und dass umgekehrt High-tech-Fischfangflotten zig Millionen Tonnen Fisch vor den Küsten der armen Länder wegfischen. 1,5 Milliarden Menschen leben ohne Stromversorgung; 2,6 Milliarden Menschen kochen mit gesammeltem Brennholz, Stroh, Dung (UNDP 2011, S. 86). Von der Klimazerstörung, die nach wie vor ein Produkt hauptsächlich der reichen Länder ist, sind die armen und sehr armen Länder weitaus stärker betroffen als die Verursacherländer. Dennoch: Zu den internationalen Gipfeltreffen und Klimakonferenzen entsenden die fünf Länder, die die größten Umweltschäden verursachen, mehr als dreimal so viele Delegierte wie die fünf am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder (ebda., S. 114). Wie wäre denn ein umgekehrtes Herangehen: Die besonders betroffenen Länder erhalten ein deutlich mehrfaches Stimmrecht in den internationalen Konferenzen bei der Abstimmung darüber, was zur Klimasanierung getan werden muss. Und die Abstimmungsergebnisse sind verpflichtend. Das wäre ein effizienterer Weg, um den Klimaschutz voran zu bringen.

1992 verpflichteten sich die Industrieländer auf der UNO-Konferenz in Rio, "alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Weitergabe von umweltverträglichen Technologien oder den Zugang dazu ... zu fördern, zu erleichtern und zu finanzieren" (UNDP 2007, S. 179). Wenig ist in dieser Richtung geschehen. Und solange die Konzerne das Technologiemonopol innehaben, wird dies auch ein leeres Versprechen bleiben. Viele gute Technologien sind reif, aber sie werden nicht weiter gegeben. Auch der CO₂-Handel und der internationale Emissionshandel tragen zum Technologietransfer nichts bei. Noch nicht einmal die schon oft versprochenen Hilfsfonds werden in der zugesagten Höhe gefüllt.

Hätten die Industriestaaten entsprechend einer Energieforschung im Interesse des Gemeinwohls (wie vorne erläutert) ein wohl sortiertes Portfolio an Klimaschutz-Technologien zur Verfügung und würden sie in Solidarität mit dem "Rest" der Menschheit handeln,

4) Mag sein, dass das heute als diskriminierend und daher als juristisch angreifbar beurteilt wird. Hier und in ähnlichen Bereichen (Förderung der Stadtwerke) ist die staatliche Politik gefragt. Sie muss den tief gründenden Umbau gesetzlich absichern, zumindest so, dass den Kommunen und ihren Bürgern eine alternative, nachhaltige Energiewirtschaft möglich ist.

5) Dieser Derivatewahn ist im Übrigen eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Noch vor zwanzig Jahren spielte das auf den damaligen Finanzmärkten nur eine marginale Rolle.

dann könnte die Rio-Verpflichtung umgesetzt werden. Dann könnte die moralisch-politische Selbstverständlichkeit angegangen werden, dass die Haupt-Verursacher der Klimazerstörung, nämlich die reichen Länder, die Haupt-Leidtragenden in der Armen Welt unterstützen und dass sie aufhören, das Klima weiter zu zerstören.

Ein weiterer Grund spricht dafür, dass die öffentliche Hand und die Staatengemeinschaft einen sehr viel größeren politischen Einfluss auf die Technologiewahl und -weitergabe nehmen müssen. Aus der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft wissen wir, dass die starken Konkurrenten auf dem Weltmarkt in aller Regel ihre Positionen wahren und ausbauen bzw. dass die Schwachen auf die Starken nicht aufschließen können. Ungleichgewichte und Instabilitäten sind die Folge. Die übliche Marktwirtschaft, die gerade auf Technologievorreiter hofft und sie mit Patentschutz ausstaffieren will, wird diese Instabilitäten und den daraus folgenden Unfrieden weiter aufrecht halten, wenn nicht sogar fördern. Mit einer international abgestimmten Standortpolitik und Technologiepolitik müsste man den Ungleichgewichten entgegen arbeiten. Darunter würden vor allem folgende zwei Anliegen fallen: Die Weiterverarbeitung geförderter Rohstoffe vor Ort müsste die grundsätzlich bevorzugte Vorgehensweise werden: Dadurch würde der Transportaufwand reduziert (be- und verarbeitete Rohstoffe sind viel weniger voluminös als Erze und unverarbeitete Rohstoffe und daher energiesparender transportierbar) und es würde der Industrienaufbau in armen Ländern unterstützt. Und als weiterer wichtiger Punkt einer internationalen Standortpolitik müsste gegen die Zerlegung der Herstellung von vielen Waren in vielgliedrige Produktionsketten in häufig voneinander weit entfernt liegenden Betrieben vorgegangen werden: Das führt nämlich zu überlangen und technisch völlig überflüssigen Transportwegen.

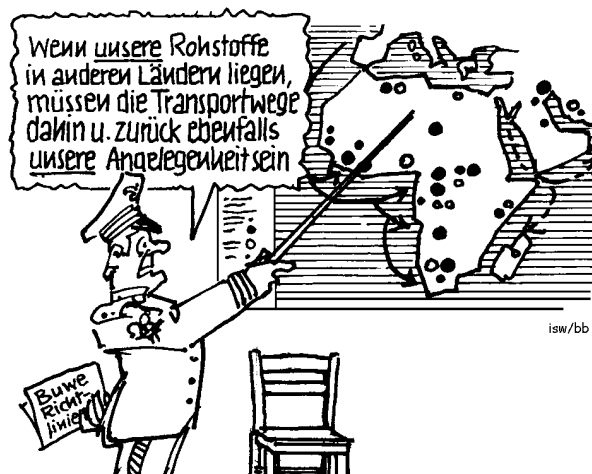
In Kapitel III in diesem Report stellen wir eine modellhafte Vorgehensweise vor, wie man dem Gerechtigkeitsaspekt bei der internationalen Verteilung der notwendigen Klimagasreduzierungen hin zu einer Klimastabilität Genüge tun kann. Sie beruht darauf, dass in Ländern, in denen historisch bis heute die Klimazerstörung besonders stark vorangetrieben wurde, besonders hohe Reduzierungsanstrengungen verlangt werden müssten bzw. ein besonders geringes Restvolumen an Emissionsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden dürfte.

Abrüsten, die Energiewirtschaft entmilitarisieren

In den offiziellen Dokumenten von NATO und Verteidigungsministerien spielen die Wirtschaft, der Weltmarkt, ganz besonders aber die Energieförderquellen und die Energietransportrouten eine immer wichtigere Rolle. Die NATO hebt in ihrem Strategischen Konzept, Lissabon im November 2010, hervor, sie werde "die Fähigkeit entwickeln, Energiesicherheit zu

gewährleisten, einschließlich dem Schutz kritischer Energieinfrastrukturen und von Transitgebieten." Die deutschen Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 postulieren: "Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung." Folgerichtig hat die Bundeswehr den Auftrag, den unter "deutsche Sicherheitsinteressen" fallenden "freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen" und ggfs. mit Gewalt zu verteidigen bzw. zu erobern.

Andere Länder werden ähnliche Zielsetzungen haben. Bei Verknappungen von Energieträgern, insbesondere von billigen, wird es daher zwangsläufig zu Problemen kommen. "Zugangsbeschränkungen [gemeint sind solche zu "Energieträgern und anderen für Hochtechnologie benötigten Rohstoffen"] können konfliktauslösend wirken" (VPR). Hier ist der Standpunkt Unser Öl, Unsere Seltenen Erden nur sehr mühsam verdeckt. Diese Position führt letzten Endes zum Krieg.



Hier wird auch die Parallelität der Erdölquellen mit den Desertec-Strategien deutlich. Der Zugang zu Unserem Öl wird gewandelt in oder ergänzt durch den Zugang zu Unserem Strom. Diesmal aber verbunden mit dem Schutzbedürfnis für sehr viel höhere Kapitalinvestitionen als es bei den Ölbohrungen jemals gegeben war. Außer den Tankerrouten müssen dann auch die internationalen Stromautobahnen geschützt werden. Eine Pseudo-Energiewende mit der Maximierung des Angebots an regenerativen Energien, mit Milliarden Elektroautos, mit der Forcierung des Abbaus von Kohle, deren CO₂-Emissionen in riesigen CCS-Anlagen wieder verbuddelt werden: ein solcher Umbau wird sicherlich kein friedlicher werden.

Umso dringlicher ist eine Umorientierung auf Ressourcensparsamkeit. Das entzieht dem Militär den Hauptauftrag. Allein dieser energiewirtschaftliche Strategiewechsel könnte und müsste zu einer radikalen

Reduzierung der Rüstungs- und Kriegskosten führen. Eine Menge Geld für den vorhin angesprochenen Nachhaltigkeitsfonds.

**Schließlich:
Bewusstseinsveränderung
dringend notwendig – Leitbilder
für die Zukunft**

Es gibt eine ganze Reihe von Umfragen und Untersuchungen in verschiedenen Ländern, die alle zu dem Ergebnis kommen, dass die Jagd nach mehr Einkommen – sowohl individuell wie auch national in Form des BIP-Wachstums – die Menschen nicht unbedingt subjektiv glücklicher macht. Ist eine bestimmte Schwelle überschritten, die erheblich unter dem durchschnittlichen BIP der hoch industrialisierten Länder liegt, dann trägt zusätzliches Einkommen, zusätzliches BIP kaum mehr zum subjektiven Glück bei (Felber 2010, S. 80). So ist ja auch der durchschnittliche Deutsche heute kaum glücklicher als er vor zwanzig oder vor vierzig Jahren war – trotz eines viel leistungsstärkeren Autos.

Das heutige Konsumbewusstsein ist sehr von Konkurrenz, individuellem Kostendenken und individueller Nutzenmaximierung geprägt. Das ist nicht gut für die Umwelt: Wegen hoher Benzinpreise kaufe ich mir vielleicht ein sehr benzinsparsames Auto, was das Klima schont. Aber weil die Kilometerkosten jetzt sehr niedrig sind, nutze ich als kühl kalkulierender Marktwirtschaftler das Auto sehr viel öfter als früher. Ein klassischer rebound, wie die Umweltschützer den Sachverhalt nennen, dass Maßnahmen zur Umweltschonung durch eine Mehranwendung konterkariert werden. Um eine nachhaltige Wirtschaft zu erreichen, wird sich das Bewusstsein sehr stark verändern müssen – weg von der marktwirtschaftsgeprägten, rein auf das Individuum konzentrierten Nutzenmaximierung.

Nachdem Bewusstsein und Verhalten vom objektiven Sein der Gesellschaft, von ihren Bewegungsgesetzen, geprägt werden, und nachdem eine menschlichere und umweltgerechtere Gesellschaft nur über bewusstes Handeln für dieses Ziel erreichbar ist, müssen Änderungen der Gesellschaft parallel laufen und einhergehen mit Änderungen des Bewusstseins und des Verhaltens (und umgekehrt).

Wir werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so weit ändern müssen, dass das Bewusstsein und das Verhalten der Menschen sehr viel weniger stark von den bisherigen intensiven Zwängen (Konkurrenz- und Leistungszwang, Konsumgier und Kaufsuchtverhalten) geprägt wird, und dass wir in einer ungezwungeneren Situation solidarisch und nachbarschaftlich auch die Interessen von weit entfernt und von später lebenden Menschen besser berücksichtigen können, die von den Auswirkungen unseres Verhaltens betroffen sind.

Quellen

Felber Christian: Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Deuticke-Verlag, Wien 2010

rls: Energiewende. Satte Rabatte für die Industrie. Zusammenfassung der Studie, 2012

UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt, Berlin 2007

UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2011. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle, Berlin 2011

Scheer Hermann: Energieautonomie, Verlag Kunstmann, München 2005

SZ: Energiekonzept light, 18.9.2010

SZ: Sechs Grad plus, 28.11.2011

SZ: Feuchtgebiete und Witwengifte, 14.2.2012

SZ: Die Zukunft aus 24 Schränken, 23.2.2012

SZ: Energetische Sanierung, 16.3.2012

SZ: Eine Steuer für den Klimaschutz, 27.3.2012

Kapitel III.

HELMUT SELINGER

Globale Klimagerechtigkeit – wie könnte das konkret gehen?

In Sonntagsreden und allgemeinen Verlautbarungen wird viel über globale Klimagerechtigkeit geredet und geschrieben. Aber konkrete Vorschläge, wie eine solche globale Klimagerechtigkeit bei den großen Klimagipfeln – im Herbst eines jeden Jahres – vernünftig verhandelt werden könnte, gibt es kaum.

Dabei ist diese Frage unabdingbar zentral für jeglichen Fortschritt bei der Bekämpfung des Klimawandels auf globaler Ebene. Selbstverständlich sollen damit die Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels auf den verschiedenen Ebenen – global, regional, kommunal, individuell – nicht gegeneinander gestellt werden. Diese Bemühungen sind auf allen Ebenen wichtig, sie bedingen sich wechselseitig. Hier soll es jedoch allein um die Frage gehen: wie kann auf der globalen Ebene zwischen den Staaten das Prinzip der Klimagerechtigkeit vernünftig gefasst, behandelt und dann auch in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden.

Wie ist die Situation?

Seit 1990, dem Jahr des ersten ausführlichen Klima-Reports des "International Panel on climate change" (IPCC = Weltklimarat)¹, kennen wir – mit immer größerer Sicherheit – die Problematik der durch den Menschen verursachten globalen Klimaerwärmung.

Die Situation ist objektiv dramatisch. Die Emissionsentwicklung der Treibhausgase ist seit 1990² keineswegs gestoppt oder sogar reduziert worden, sondern der Energieverbrauch und damit auch die Emissionen von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, sind auch in den letzten Jahren kontinuierlich weiter gestiegen.³ Alle wissenschaftlichen Ergebnisse belegen, dass seit

1990 viel zu viel Zeit verloren gegangen ist und dass sich die Situation mit jeder weiteren Verzögerung erheblich verschärft.

Die naturwissenschaftliche Erkenntnis sagt mit immer größerer Präzision, dass sofort und mit möglichst großer Intensität die Emissionen der Treibhausgase (THG) global reduziert werden müssen.⁴

Die Wissenschaft hat, um nicht völlig unrealistische Forderungen zu stellen, das sog. "2° C-Ziel" formuliert. D.h. die Wissenschaftler sind in der überwiegenden Mehrheit der Meinung, dass die Menschheit eine Erhöhung der mittleren, globalen, durchschnittlichen Erdtemperatur um 2° C über dem entsprechenden Temperaturniveau der vorindustriellen Zeit langfristig gerade noch verkraften könnte. Davon haben wir heute schon eine Erhöhung von 0,8° C erreicht.⁵

Immerhin hat sich die internationale Staatengemeinschaft bei der Klimakonferenz im Jahre 2007 in Bali und auch danach mehrfach darauf geeinigt, als generelles Ziel eines globalen Klimaschutzes diese 2°C-Grenzmarke aus der Wissenschaft als prinzipielle Richtschnur für das zukünftige politische Handeln im globalen Maßstab zu übernehmen. Dieser grundsätzlichen Willensbekundung folgten bisher jedoch keine Taten.

Auch die jährlichen Klimagipfel haben das Klimaproblem bisher in keiner Weise befriedigend angepackt. Seit dem Misserfolg von Kopenhagen hat sich bei vielen Staaten und bei der Klimabewegung große Enttäuschung breitgemacht.

Manche wollen gänzlich auf den internationalen Prozess der Klimaverhandlungen verzichten und nur noch auf bilaterale zwischenstaatliche Vereinbarungen und auf eigenständige regionale und lokale Aktivitäten orientieren. Die Argumentation lautet: Ver-

1) http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_and_data_reports.htm

2) Das Jahr 1990 wird, wie beim Kyoto-Protokoll, als Anfangs- bzw. Bezugsjahr vereinbart, weil seit dieser Zeit die Klimaproblematik weltweit unbestreitbar bekannt war.

3) Auch der Kyoto-Prozess hat an dieser Lage nichts geändert. Man kann vielleicht sogar sagen, im Gegenteil: Der Kyoto-Prozess hat die klare Sicht auf die ungebrochene Dominanz der globalen am fossilistischen Energieregime interessierten Interessengruppen eher verstellt und den täuschenden Eindruck von guter Aktivität erzeugt. Die durch diesen Prozess angestoßenen Reduktionsprozesse sind im globalen Maßstab betrachtet eher marginal. Die Summe der CO₂-Emission der zehn größten westlichen Industrieländer nahmen von 1990 bis 2007 sogar um 9,8 % (s. Tabelle S. 26) zu – und nicht ab, wie im Kyoto-Protokoll eigentlich vereinbart. Das Kyoto-Ziel – im Mittel 5 % Reduzierung von 1990 bis 2010 (für nur einige Industrieländer relativ willkürlich und unverbindlich vereinbart; z.B. USA hat das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert!) – war damals schon vollkommen unzureichend. Selinger H. (19.11.2009): Kann der UN-Weltklimagipfel in Kopenhagen die anthropogene Klimaveränderung stoppen? isw Download: <http://www.isw-muenchen.de/download/Kopenhagen-hs-112009.pdf>

4) Selinger H. (2008), Stand der weltweiten Klimaforschung – Ergebnisse des aktuellen IPCC-Berichtes, isw-Download: <http://www.isw-muenchen.de/download/ipcc-hs.pdf>; isw-Report Nr. 73, Garnreiter F., Schmid F., Schuhler C., Selinger H. (April 2008): "Klima-Killer Konzerne".

5) Es gibt nicht wenige Wissenschaftler, die der Meinung sind, dass auch schon eine globale Durchschnittstemperaturerhöhung um 2° C langfristig kaum beherrschbare und enorm negative Auswirkungen auf die Menschheit haben wird. Einige Staaten fordern deshalb ein 1,5° C-Ziel.

handlungen zwischen fast 200 Staaten seien prinzipiell zu schwierig, die Materie sei so komplex, dass fast notwendigerweise wenig herauskommen kann.

Dem soll hier widersprochen werden!

Die These lautet: Es gibt eine gerechte, einfache und transparente Methode, um die jedem Staat zustehenden CO₂-Emissionsrechte nach dem Prinzip einer globalen Klimagerechtigkeit zu berechnen. Auf der Basis dieser Methode wären Verhandlungen vernünftig zu führen.

Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen sind jedoch absolut transparente, angemessene, nachvollziehbare, für jedermann einsehbare und gerechte Grundsätze.

Nur wenn sich keine Seite übervorteilt fühlen kann, ist eine Verständigung auf ein wirklich umfassendes Klima-Abkommen, das der menscheitsbedrohenden Gefahr des globalen Klimawandels begegnen kann, überhaupt realistisch.

Die Ursache für das Scheitern bisher liegt nicht in der Komplexität der Materie, sondern in der Interessenpolitik der reichen, hochindustrialisierten Länder.

Weltklimavereinbarung auf der Grundlage eines globalen CO₂-Budgetansatzes

Die hier vorgeschlagene Methode⁶ besteht im wesentlichen aus einem sogenannten weltweiten CO₂-Budgetansatz,^{7 8} der im Kern (nicht bzgl. der finanziellen Bewertung und Umsetzung) auf eine Studie des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen bei der Bundesregierung Deutschland (WBGU)⁹ zurückgeht.

Dieser Budgetansatz ist folgendermaßen zu verstehen:

Wenn man das 2°C-Temperatur-Ziel mit 75 % Wahrscheinlichkeit erreichen will, dann dürfen die kumulativen CO₂-Emissionen für den gesamten Globus im Zeitraum von 1990 – 2050 nicht den Wert von 1.100 Mrd. t CO₂ überschreiten. Dieses globale CO₂-Gesamtbudget stellt nach heutigem wissenschaftlichen Kenntnisstand eine absolute obere Grenze für die in diesem Zeitraum von der Atmosphäre tragbaren CO₂-Emissionen dar. Dieses globale CO₂-Gesamtbudget stellt also die maximale Aufnahmekapazität der At-

mosphäre in diesen 60 Jahren dar und ist der Ausgangspunkt für das ganze weitere Verfahren. Dieser Wert (1.100 Mrd. t CO₂) ist aus der Wissenschaft vertrauensvoll zu übernehmen.



Um dieses globale Gesamt CO₂-Budget gleichmäßig auf die Staaten der Erde zu verteilen gibt es unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit kein anderes vernünftiges Prinzip als das Prinzip der Gleichheit. Dies ergibt sich aus dem Menschenrecht auf Gleichbehandlung und entspricht im Verhältnis der Vertragsparteien dem Prinzip der Gerechtigkeit (Art. 3 Ziff. 1 UNFCCC).¹⁰ Konkret bedeutet dies einen Pro-Kopf-Schlüssel, d.h. jedem Erdbewohner steht das gleiche Recht auf ein bestimmtes Maß an CO₂-Emissionen zu – selbstverständlich nur bis zu einem noch verträglichen Maß.

Dies wären im Mittel für die Zeit von 1990 bis 2050 ca. 2,3 t CO₂ pro Kopf und pro Jahr. Ab dem Jahr 2050 sollte dieser Wert nur noch bei ca. 1 t CO₂ pro Kopf und pro Jahr liegen. D.h. auch Schwellen- und Entwicklungsländer, die heute oder in Zukunft über diesem Wert liegen, müssten sich bis zum Jahr 2050 ebenfalls an diesen Wert annähern. Da im Zeitraum von 1990 – 2008 die Gesamtemission bisher bereits ca. 500 Mrd. t CO₂ weltweit betrug, bleibt für die restliche Zeit bis 2050 somit nur noch ein Budget von 600 Mrd. t CO₂ übrig.

6) s.a. Selinger H. (25.9.2010): Eine gerechte Verhandlungsgrundlage für den UN-Weltklimagipfel in Cancun ist möglich; isw Download: <http://www.isw-muenchen.de/download/Cancun-hs-1010.pdf>

7) Da die CO₂-Emissionen wegen der großen freigesetzten Mengen und der langen Verweildauer in der Atmosphäre im Zentrum aller Klimaschutzüberlegungen stehen müssen, konzentriert sich der hier vorgestellte Budgetansatz auf die dominierenden CO₂-Emissionen, insbesondere aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe (für die anderen THG sollten separate Maßnahmen beschlossen werden).

8) Es gibt eine Reihe von Veröffentlichungen zum Thema "Globales CO₂ – Budget" u.a.: Pan Jiahua, Chen Ying (Febr. 2010): Carbon budget proposal: a framework for an equitable and sustainable international climate regime. Social Sciences in China Vol XXXI, No.1, 5-34 / Baer, P. Athanasiou, T., Kartha S., Kemp-Benedict E. (Nov. 2008): "The greenhouse development rights framework: ..." <http://www.ecoequity.org/docs/TheGDRsFramework.pdf> / Meyer, Aubrey (Dec 2004): Global Commons Institute "GCI briefing: Contraction & Convergence". Engineering Sustainability, 01/12/2004 / Bodansky D., Chou S., Jorge-Treslini C. (Dec. 2004) International climate efforts beyond 2012 Pew Center on Climate Change. http://www.pewcenteronthestates.org/uploadedFiles/wwwpewtrustsorg/Reports/Global_warming/PCGC_international_climate_efforts_1204.pdf

9) WBGU Sondergutachten, Juli 2009 "Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz" http://www.wbgu.de/wbgu_sn2009.html; http://www.wbgu.de/wbgu_factsheet_3.pdf / in englisch: http://www.wbgu.de/wbgu_sn2009_en.html WBGU = "Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen = German Advisory Council on Global Change"

10) Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>

Wenn man also nach einem solchen Pro-Kopf-Schlüssel das Gesamtbudget auf die einzelnen Staaten verteilt, dann ergibt sich für jeden Staat ein spezifisches, kumulatives CO₂-Gesamtbudget für den genannten Zeitraum.

■ So würde z.B. China für die Zeit von 1990 – 2050 ein Gesamtbudget von 239 Mrd. t CO₂ zustehen, gemäß seinem 22%-Anteil an der Welt-Bevölkerung, davon hat es im Zeitraum von 1990 – 2009 75 Mrd. t CO₂ verbraucht, sodass ein Restbudget für die Zeit von 2010 – 2050 von 164 Mrd. t CO₂ übrigbleibt.

Allerdings würde China bei seiner geschätzten jährlichen Emissionsmenge in 2008 von ca. 6,2 Mrd. t CO₂ sein zustehendes Budget schon in 26 Jahren aufgebraucht haben, d.h. auch China muss schon heute eine Reduktion seiner CO₂-Emissionen anstreben, umso mehr noch, wenn ein zukünftiges Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft einkalkuliert wird.

■ Die analoge Rechnung für die USA ergibt ein Gesamtbudget für die Zeit von 1990 – 2050 von 52 Mrd. t CO₂ gemäß seinem prozentualen Anteil von ca. 4,7 % an der Welt-Bevölkerung. Allerdings haben die USA von 1990 bis 2009 schon mehr als das Doppelte an CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen, nämlich 108 Mrd. t (s. Tab.). Dies bedeutet, dass der USA eigentlich ab sofort bis 2050 keine Emissionsrechte mehr zustehen und dass sie für ihr schon negatives Budget einen finanziellen Ausgleich zu leisten hat.

■ Auch z.B. Deutschland und Russland haben nach diesem Ansatz bereits heute mehr emittiert als ihnen für den gesamten Zeitraum 1990 – 2050 zustehen würde, allerdings in wesentlich geringerem Umfang als dies bei USA der Fall ist (siehe Tabelle).

Nach dieser Methode ist also für jedes Land gemäß seinem Bevölkerungsanteil¹¹ ein ihm für den Gesamtzeitraum von 1990 bis 2050 zustehendes Gesamtbudget und unter Berücksichtigung der bisherigen realen CO₂-Emissionen ein Restbudget zu berechnen (s. Tab.). Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass das eigene Gesamtbudget bereits heute überschritten ist.

Finanzielle Bewertung von CO₂-Emissionen

Um einen zwischenstaatlich angemessenen Ausgleich für überzogene Emissionsbudgets (z.B. bei USA, Russland, Deutschland (s. Tabelle) bzw. für noch in Zukunft zusätzlich benötigte Emissionsrechte (dies dürfte bei vielen Industrieländern der Fall sein) zu leisten, wird eine Monetarisierung von CO₂-Emissionsschulden und -rechten vorgeschlagen. Dazu müsste in internationalen Klimaverhandlungen ein Preis für eine Tonne CO₂-Emission festgelegt werden, mit evtl. Anpassung in späteren Verhandlungen, wenn neue Aspekte relevant werden.

Dieser Preis sollte nicht zu niedrig angesetzt sein, damit ein weltweiter Klimafonds, der aus diesen Ausgleichsmitteln gespeist würde, eine relevante Größe hätte. Aus diesem Klimafonds sollten dann bei den Entwicklungsländern, die solche ihnen zustehenden Emissionsrechte nicht ausschöpfen (z.B. Indien), sowohl effektive Investitionen zur Emissionsvermeidung als auch notwendige Anpassungsmaßnahmen an den kommenden Klimawandel finanziert werden. Eine noch sehr grobe Kostenabschätzung auf der Basis von Schätzungen der notwendigen Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern (s. UNFCCC¹²) ergibt einen Wert von ca. 40 \$/t CO₂

Budgetansatz für globale CO ₂ -Emissionen (für einige beispielhaft ausgewählte Länder)						
	Anteil an der Weltbevölkerung im Jahr 1990	Gesamtbudget	Bisherige Emissionen	Noch zustehendes Restbudget	Emissionen (Schätzungen)	Reichweite des Budgets bei jährlichen Emissionen wie 2008
	%	1990 – 2050	1990 – 2009	2010 – 2050	im Jahr 2008	Jahre
		Mrd. t CO ₂	Mrd. t CO ₂	Mrd. t CO ₂	Mrd. t CO ₂	
China	22,00	239,00	75,00	164,00	6,20	26
Indien	16,00	175,00	19,00	156,00	1,50	103
EU	8,90	98,00	81,00	18,00	4,50	4
USA	4,70	52,00	108,00	- 56,00	6,10	- 9
Indonesien	3,40	38,00	4,80	33,00	0,38	88
Brasilien	2,90	31,00	6,10	25,00	0,46	55
Russland	2,80	31,00	31,00	- 0,29	1,60	0
Japan	2,30	26,00	23,00	2,40	1,30	2
Mexiko	1,60	18,00	6,90	11,00	0,46	23
Deutschland	1,50	17,00	17,00	- 0,900	0,91	- 1
Burkina Faso	0,16	1,70	0,0090	1,70	0,00062	2.810
Malediven	0,0041	0,045	0,0098	0,035	0,00071	50
Welt	100	1.100,00	500,00	600,00	30,00	20

Quelle: http://www.wbgu.de/wbgu_sn2009_en.html

11) Da sich der Anteil der Staaten an der Weltbevölkerung im angegebenen Zeitraum z.T. erheblich ändert, müsste eine gleitende Anpassung in der Berechnung verhandelt und vereinbart werden. Zur Verdeutlichung der Methode wurde hier konstant mit dem Bevölkerungsanteil von 1990 gerechnet.

12) UNFCCC-Sekretariat: Fact sheet: financing climate change action. http://unfccc.int/files/press/backgrounders/application/pdf/fact_sheet_financing_climate_change.pdf

Daraus lässt sich die Größenordnung eines Finanztransfers von Industrieländern in Entwicklungsländer abschätzen:

Die derzeitigen jährlichen CO₂-Emissionen z.B. der USA in Höhe von ca. 6,1 Mrd. t CO₂ (s. Tab.) müssten bei einem Preis von 40 \$/t CO₂ mit ca. 244 Mrd. Dollar pro Jahr verrechnet werden.

Die derzeitigen jährlichen CO₂-Emissionen von z.B. Deutschland in Höhe von ca. 0,9 Mrd t CO₂ müssten entsprechend mit 36 Mrd. Dollar pro Jahr verrechnet werden.

Um für den Fall USA das Defizit aus der Vergangenheit (von 1990 – 2009: 56 Mrd. t CO₂ (s. Tab.) auszugleichen, müssten die USA nachträglich noch einen Finanztransfer von ca. 2,2 Billionen Dollar erbringen. Um unzumutbare Finanztransfers in der Anlaufphase einer solchen Vereinbarung zu verhindern, müssten sinnvolle Übergangsregelungen getroffen werden.

Globales Verrechnungssystem – Klimafonds unter dem Dach der UN

Ein Handel mit Emissionsrechten, wie vom WBGU vorgeschlagen, erscheint nicht erstrebenswert und sinnvoll, da mit einem Emissionshandelssystem vor allem eine Anlagesphäre für internationale Spekulationen mit den bekannten negativen Auswirkungen eröffnet würde.

Um diesen Prozess zu regulieren und zu überwachen, wird deshalb eine nach UNO-Prinzipien arbeitende Organisation – z.B. eine World Climate Organisation ("WCO") – vorgeschlagen, die die notwendigen Daten, Budgets und Transferleistungen von den Industrieländern zu den Entwicklungs- und Schwellenländern berechnet, verwaltet, kontrolliert und durchsetzt. Diese Organisation sollte völlig transparent arbeiten, aber auch mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet sein.¹³

Ein durch die o.g. Transferleistungen gespeister Klimafonds würde eine erhebliche Größe haben. Eine grobe Abschätzung ergibt eine Größenordnung von ca. 500 Mrd. Dollar/Jahr.

Dieser Betrag hat eine ähnliche Größenordnung wie vom Klimasekretariat in Bonn für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und für Maßnahmen zur Anpassung an Klimaänderungen berechnet werden.

Dieser Fonds würde eine substantielle Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung ärmerer Länder erhalten, ohne dass die Entwicklungsländer bloß Bittsteller wären; sie hätten nach diesem Ansatz ein Recht auf finanziellen Ausgleich – im Gegenzug für nicht genutzte Emissionsrechte. Andererseits würden die Zahlungen der Industrieländer keine freiwilligen Leis-

tungen darstellen, sondern Ausgleichszahlungen für Klima"schulden" seit 1990, dem Zeitpunkt der Kenntnis des globalen Klimaproblems.¹⁴

Klimagerechtigkeit

Dieser Ansatz würde in völlig transparenter, nachvollziehbarer und wahrlich wünschenswerter Weise das Verursacherprinzip und das Prinzip der Klimagerechtigkeit ab 1990 zur Grundlage der Berechnung und eines finanziellen Ausgleichs zwischen Nord und Süd machen.

Die Transferleistungen sollten ausschließlich zur Finanzierung der Reduzierung der CO₂-Emissionen/des Umbaus der Energieversorgung auf regenerative Energien (mitigation) und der jeweils notwendigen Anpassungen an schon regional wirksame Klimafolgeschäden (adaptation: z.B. Deichbau, Bewässerung, Meerwasserentsalzung, soziale Ausgleichsmaßnahmen) und zum Stopp der Entwaldung verwendet werden dürfen.

Ein Klimakompromiss auf der Grundlage dieses Ansatzes würde von allen Ländergruppen Zugeständnisse verlangen:

- Von den Industrieländern werden weitgehende Reduktionsverpflichtungen sowie umfassende Technologie- und Finanztransfers erwartet.
- Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen ihrerseits akzeptieren, dass eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis fossiler Energieträger nicht mehr zukunftsfähig ist, so dass auch sie möglichst rasch den Übergang zu einer klimaverträglichen Gesellschaft einleiten müssten. Allerdings würde ihnen der Weg dorthin über erhebliche Transferleistungen stark erleichtert werden.

Unterentwickelte Länder sollen durch den Klima-Finanzausgleich den fossilistischen Entwicklungsweg überspringen

Ausdrückliches und durchaus auch streng kontrolliertes Ziel dieser enormen Finanztransfers in ärmere Länder wäre der Aufbau einer alternativen Ökonomie und Energieinfrastruktur, die den fossilistischen Entwicklungsweg der industrialisierten Länder nicht nachholt, sondern überspringt. Der Aufbau einer derartigen, völlig neuen Weltwirtschaftsstruktur ist nur mit finanziellen Transfers in diesen Größenordnungen zu bewältigen. Dies scheint der einzige Weg zu sein, um mit dem globalen Menschheitsproblem Klimawandel noch einigermaßen fertig zu werden. D.h. parallel zu den Reduktionsmaßnahmen in den reichen Ländern soll in den noch unterentwickelten Ländern ein neuer, nachhaltiger Entwicklungsweg weitgehend ohne fossilistische Energien aufgebaut werden.

13) Dass Sanktionsmöglichkeiten international nicht unmöglich sind, zeigt das Beispiel der WTO, die durchaus auch damit arbeitet, ohne dass hier die WTO sonst als Vorbild dienen kann.

14) Hier wird die Berechnung von Klimaschulden bewusst nicht seit Beginn der Industrialisierung sondern erst ab 1990 vorgeschlagen, da die anthropogen relevante Beeinflussung des globalen Klimas erst mit dem 1. IPCC-Bericht wissenschaftlich zweifelsfrei nachgewiesen und weltweit bekannt wurde.

Austausch von Know how

Ein weiterer Aspekt, um den gefährlichen Klimawandel als globales Menschheitsproblem zu lösen, wäre eine Aufhebung der Patentrechte bei Innovationen zu angepassten Emissionsreduktionstechnologien und zur Einführung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern. Zur Entwicklung nachhaltiger und angepasster Technologien sollten kooperative, gemeinsame Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen werden, um den Austausch von Know how zur gemeinsamen Lösung der globalen Klimaproblematik großzügig zu praktizieren.

Eine internationalistische und politisch fortschrittliche Anstrengung ist im globalen Maßstab nötig.

Das oben dargestellte Modell einer gerechten und im Prinzip praktikablen Lösung des globalen Klimaproblems erscheint bei den heutigen politischen und ökonomischen Verhältnissen weltweit fast völlig undurchführbar. Die tiefere Ursache besteht darin, dass die dominanten Mächte ökonomisch und gesellschaftlich kapitalistisch strukturiert sind und ihre Dominanz in jedem Fall aufrecht erhalten wollen. Zudem sind die stärksten Machtgruppen im kapitalistischen Weltsystem – Energie-, Auto-, Flugzeug- und Rüstungskonzerne – eng verbunden mit dem fossilen Produktions- und Konsumtionssystem. Diese Herrschaftsgruppen haben kein Interesse, trotz gegenteiliger Imagepflege, auf ihre Macht und ihre noch immer sprudelnden Extraprofite aus der Ausbeutung der fossilen Rohstoffe und der Weiterentwicklung der bisherigen Verbrennungs-Technologien im Verkehrs- und Energiesektor zu verzichten.

Einer internationalistischen und angemessenen Lösung des Klimaproblems steht auch das kapitalistische Grundprinzip der Konkurrenz, und daraus resultierend, die fortgesetzte Dominanz entgegen. Dieses Prinzip ist auf kurzfristigen Profit und auf Überlegenheit und gerade nicht auf eine kooperative, gerechte und langfristige Lösung des Klimaproblems angelegt. Außerdem steht die innere Wachstumsnotwendigkeit der kapitalistischen Ökonomie der dringenden Notwendigkeit einer erheblichen Reduktion des Energieverbrauchs diametral entgegen. Die notwendige Energiewende erfordert eine grundsätzliche Abkehr vom bisherigen kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsmodell, sowohl in den reichen Industrieländern als auch in den nachholenden Schwellen- und Entwicklungsländern. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass eine derartige Wende innerhalb des derzeitigen Systems ohne Druck zu schaffen ist.

Realistischerweise wird dieser methodische Ansatz aufgrund der daraus konkret bezifferbaren "Klimaschulden" nicht von den reichen industrialisierten

Ländern propagiert werden. In diesem Sinn äußerte sich auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,¹⁵ das im Auftrag der Bundeskanzlerin Merkel am 21.1.2010 auf eine Internetanfrage des Autors vom 5.12.2009 antwortete.

Dort bejahte die Bundeskanzlerin zunächst die Bedeutung des WBGU-Ansatzes indem sie schrieb: "Der Ansatz verdeutlicht, dass Emissionsbudgets gerecht auf alle Staaten bzw. Bürger dieser Welt verteilt werden müssen."



Dann wurde jedoch eine konkrete Anwendung kategorisch abgelehnt: "Eine unmittelbare Anwendung der vorgeschlagenen Pro-Kopf-Verteilung würde aber zu massiven Umverteilungseffekten führen, die für die Industriestaaten kaum darstellbar sind."

In diesem Sinn verhielt sich die Bundesregierung bei allen Klimaverhandlungen seit Kopenhagen, der Budgetansatz des WBGU wurde offiziell seither mit keinem Wort mehr erwähnt.

Aus all den genannten Gründen ist es offensichtlich, dass eine Veränderung der internationalen, politischen Kräfteverhältnisse in der Klimafrage notwendig ist. Dies könnte im internationalen Spiel der Kräfte vorstellbar sein, wenn sich eine Gruppe von Entwicklungs- und Schwellenländern zusammenfindet und diesen Ansatz propagiert. So könnte sich z.B. die Gruppe G77 (zurzeit über 130 Entwicklungsländer) oder die Bewegung der blockfreien Staaten (NAM = Non-Aligned Movement) + China diese Methode zu eigen machen und mit aller Kraft bei den Klimaverhandlungen den Welt-Budgetansatz für CO₂ und die daraus resultierende Berechnung von Klima"schulden" und Klimaausgleichszahlungen als Grundlage der Gipfel einfordern.

Eine derartige Staatengruppe sollte die Macht haben, eine solch vernünftige und unabweisbar praktikable und gerechte Berechnungsmethode zur Verhandlungsgrundlage bei den Klimagipfeln zu machen.

15) siehe: <http://direktzu.de/kanzlerin/messages/24174> bzw. <http://www.isw-muenchen.de/download/klima-hs-merkel-0110.pdf>

Außerdem erscheint es geboten, dass sich weltweit eine große und breite Klimagerechtigkeitsbewegung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften, Intellektuellen und Wissenschaftlern bildet, die als solidarische Stimme aus der ersten und dritten Welt derartige Forderungen z.B. von der Blockfreien-Bewegung und von weiteren Entwicklungsländern unterstützt und diesen Ideen zu politischer Durchschlagskraft verhilft.

Mögliche Diskussionpunkte:

Durchsetzbarkeit

Nach aller politischer Erfahrung ist es sehr unwahrscheinlich, dass dieser Budgetansatz mit entsprechender Monetarisierung der Klimaschulden in kurzer zeitlicher Frist von den reichen Industrieländern vorgelegt und unterstützt wird. Deshalb geht es zunächst darum, diese grundsätzliche Denkweise einer globalen, begrenzten Obergrenze für zulässige THG-Emissionen und daraus die konkreten, maximalen Emissionsbudgets für jeden Staat weltweit im Klimadiskurs zu etablieren. Damit verbunden wäre die einfache Konkretisierung der notwendigen innerstaatlichen Beschränkung und die Denkweise in Richtung global gerechte Verteilung und kooperative globale Lösungsnotwendigkeiten. Deshalb wäre ein nächster Schritt die Verankerung einer solchen Denkweise als international akzeptierte Berechnungsmethode für konkrete internationale Ausgleichsmaßnahmen.

Wenn dieser Ansatz z.B. von der G77 als Verhandlungsgrundlage gefordert werden würde, gäbe es mit großer Wahrscheinlichkeit eine Konfrontation mit den reichen Industrieländern. Dabei würde jedoch für die Weltöffentlichkeit sichtbar werden, dass für ein Scheitern von Klimagipfeln nicht vorgeschobene Gründe verantwortlich gemacht werden können, wie bisher, sondern die prinzipiell ungerechte und leicht nachvollziehbare egoistische Haltung der reichen Staaten. Wenn sich negative Klimaereignisse häufen und die Bewegungen für Klimagerechtigkeit in den reichen Ländern selbst stärker werden würden, könnte sich ein solcher politischer Druck aufbauen, dass einige Staaten aus dem Block der industrialisierten Länder ausbrechen und sich zu dem vorgelegten Ansatz bekennen und konkret den Weg der Klimagerechtigkeit verfolgen.

Falls sich, auch aufgrund von zu erwartenden größeren Naturkatastrophen, dann ein eher kooperativer Weg in der Lösung der globalen Klimafrage durchsetzt, könnte eine solche kooperative, auf dem Gerechtigkeitsprinzip beruhende Welt"Governance" auch auf die Lösung anderer globaler Probleme ausstrahlen. Das Verhältnis von erster zur dritten Welt könnte

sich dadurch grundsätzlich verändern. Dies müsste sich auch in einer entsprechenden Reform des UN-Systems ausdrücken.

Bezahlbarkeit der enormen "Klimaschulden"

In diesem Ansatz geht es nur um die zwischenstaatliche Berechnung von CO₂-Emissionen und von Klimaschulden und -Rechten. Wie die innerstaatliche Finanzierung eventueller Klimaschulden aufgebracht wird, ist Sache des jeweiligen Staates und der dortigen politischen Kämpfe und Kräfteverhältnisse. Natürlich sollte auch innerstaatlich das Verursacher- und das Gerechtigkeitsprinzip herrschen. So sind z.B. an relevante Abgaben der THG-Emittenten zu denken. Außerdem sollten soziale Gesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen.

Die Tatsache einer Klimaschuld und die Methode, dass dafür entsprechende Finanzsummen berechnet werden und aufzubringen sind, stellt im politischen Geschehen für sich schon einen großen Anreiz dar, die eigenen Emissionen schnellstmöglich zu reduzieren.

Verbindliche Verpflichtungen der Industrieländer, ihre eigenen THG-Emissionen zu reduzieren.

Die Berechnung und Begleichung von Klimaschulden darf nicht als "Freikauf" der Industrieländer von eigenen, sofortigen und verbindlichen Emissions-Reduktions-Verpflichtungen missverstanden werden.

Deshalb sollten die reichen Industrieländer, die bisher am meisten zur Klimaproblematik beigetragen haben – an der Spitze die USA, dann aber auch Europa, Russland und Japan – durch internationale Vereinbarungen kontrolliert verpflichtet sein, neben den internationalen Verpflichtungen aus dem Budgetansatz, ihre eigenen THG-Emissionen sofort radikal zu vermindern, mit dem längerfristigen Ziel, diese bis 2050 auf ein Niveau von nur noch 1 bis maximal 1,5 t CO₂-Äquivalente/pro Jahr und pro Kopf zu senken.¹⁶

Damit es jedoch nicht nur bei einer Erklärung für ein längerfristiges Ziel bleibt, ist außerdem verbindlich zu vereinbaren und sich zu verpflichten, dass ihre Emissionen bis zum Jahre 2020 um 30 – 40 % reduziert werden müssen, im Vergleich zum Ausstoß im Jahr 1990.

Modifizierung des Territorialprinzips bei der Zuordnung der THG-Emissionen

Da in der heutigen globalisierten Weltwirtschaft viele THG-Emissionen bei der Produktion von Waren anfallen, die gar nicht im eigenen Land konsumiert werden, müssten solche Emissionen zumindest z.T. auch den Konsumenten-Staaten zugeordnet werden. Eine derartige Modifizierung sollte in späteren Verhand-

16) Unter CO₂-Äquivalent ist die Summe aller Treibhausgas-Emissionen zu verstehen, d.h. insbesondere CO₂, aber auch alle anderen THG, wie vor allem Methan und Lachgas, wobei deren Anteil entsprechend ihrer Wirksamkeit auf eine entsprechende CO₂-Menge umgerechnet und zum CO₂ addiert wird; s. isw-Report Nr. 73; Achtung: Beim hier dargestellten Budgetansatz werden aus Gründen der Einfachheit nur die reinen CO₂-Emissionen betrachtet.

lungen berücksichtigt werden, nachdem das Grundprinzip der einfachen Verrechnung etabliert ist. Manche schlagen gleich eine Zuordnung der Emissionen zu den verursachenden transnationalen Konzernen vor. Dies erscheint für einen globalen Vertrag problematisch, da im heutigen Völkerrecht nur Staaten völkerrechtliche Subjekte sind. Innerstaatlich sind solche Konzerne selbstverständlich zumindest zur Reduktion der Emissionen und zu relevanten Emissionsabgaben zu verpflichten.

Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen:

- Das 2° C-Ziel wird völkerrechtlich verankert.
- Ein globales, mit dem 2° C-Ziel konformes Budget für Kohlendioxid (CO₂) aus fossilen Quellen wird festgelegt.
- Das globale CO₂-Budget wird auf Pro-Kopf-Basis in nationale Emissionsbudgets für alle Staaten unterteilt.
- Auf der Basis dieses Budgetansatzes wird ein internationales Emissionsverrechnungssystem für alle Länder unter dem Dach einer neu zu schaffenden UN-World Climate Organisation (WCO) vereinbart und eingerichtet. Es wird ein angemessener Preis für 1 t CO₂ vereinbart. Der so aus entsprechenden Finanztransferleistungen gespeiste Klimafonds wird von der WCO verwaltet. Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung des Vertrages sind von vorneherein zu definieren.
- Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen ab 2015 zu sinken beginnen.
- Alle Staaten legen relevante und überprüfbare Dekarbonisierungsfahrpläne vor.
- Die CO₂-Emissionen der Industrieländer müssen in 2020 um 30 – 40 % im Vergleich zu den Emissionen von 1990 gesunken sein.
- Als verbindlichen Grenzwert für den CO₂-Ausstoß pro Kopf in 2050 wird 1 bis 1,5 t CO₂-Äquivalent vereinbart.
- Für CO₂-Emissionen aus Landnutzung, besonders Entwaldung, wird ein separates, mit dem 2° C-Ziel konformes Abkommen beschlossen.
- Für weitere Treibhausgase und klimawirksame Stoffe werden spezifische, mit dem 2° C-Ziel konforme Vereinbarungen getroffen.

Kapitel IV.

JOACHIM SCHUBERT

"Grüner" Kapitalismus und die IG Metall

Die Gewerkschaften sind schon länger auf dem Weg zum "grünen" Kapitalismus, als viele denken. Allen voran die IG Metall. Ob diese Gewerkschaft auf dem Holzweg ist, soll hier diskutiert werden.

1. Hintergründe

Es gibt mehrere Gründe, warum die "grüne" Variante hoffähig gemacht wird:

- Bedeutende Fraktionen des Großkapitals sind derzeit dabei, ihr konstantes Kapital zu sichern. Nicht nur gegen riskante Spekulationen. Es geht insbesondere um die Sicherung von überirdischen und unterirdischen Produktionsanlagen gegen Unwetter, Überschwemmungen, Energiemangel, Rohstoffmangel usw. Bei großen Rückversicherern geht es hauptsächlich um die Verringerung des Schadensrisikos infolge von Unwettern. So musste die Münchener Rück in der ersten Hälfte dieses Jahres schon 60 Mrd. Euro für Katastrophenschäden locker machen. Tendenz steigend. Wen wundert es, wenn diese Versicherung dann Wüstenstromprojekte anstößt und gleichzeitig versucht, damit auch noch Geld zu sparen bzw. zu verdienen?

- Der Staat verhält sich zunehmend wieder als ideeller Gesamtkapitalist, bremst teilweise nur auf kurzfristigen Profit orientierte Kapitalfraktionen aus und fördert weiterdenkende Fraktionen, zu der u.a. Siemens und Rück-Versicherungen gehören. Dabei wird die Illusion verbreitet, dass Ökologie und Kapitalismus vereinbar wären. Und wenn die "Richtigen" an der Regierung wären, dann könnten die Probleme sogar gelöst werden. Doch im Kapitalismus können Umweltprobleme nicht gelöst, sondern höchstens eingedämmt werden. Dafür sorgen allein schon der gesetzmäßige Drang zum Höchstprofit und die fehlende gesellschaftliche Planung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit.

- Mit Umwelttechnik, effizienterer Energieumwandlung, Energiesparen kann mittlerweile auch viel Geld verdient werden. Deshalb muss es nicht von vornherein schlecht sein. Die Produktpalette der Energietechniksparte beispielsweise von Siemens ist mittlerweile so vielfältig, dass sie unterschiedliche Szenarien in unterschiedlichen Ländern in der ganzen Bandbreite (von groß bis klein, vom AKW bis zum Windrad) bedienen kann.

- Die Interessengegensätze zwischen den großen Energiekonzernen einerseits, den industriellen Stromerzeugern (Betriebskraftwerke) und (ehemaligen) Stadtwerken andererseits verschärfen sich. Während die

"Großen Vier" (RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW) am liebsten ihre Gelddruckmaschinen (sprich AKWs und alte Kohlekraftwerke) unbegrenzt weiter laufen lassen würden, wollen sich die anderen durch den Neubau effizienterer konventioneller Blöcke (oft auch mit Kraft-Wärme-(Kälte)-Kopplung) und verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien (EE) produktionsmäßig, preislich und technisch von den "Großen Vier" unabhängiger machen.

- Die (außerparlamentarische) Umweltbewegung ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen und ist derzeit zumindest in Deutschland politisch mit die aktivste und breiteste und erfolgreichste. Sie hat in zwei Anläufen die stufenweise Stilllegung von AKWs durchgesetzt. Sie hat dafür gesorgt, dass die Umwandlung erneuerbarer Energien (mittels Solarzellen und Windkraftwerke) im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern stark forciert wurde. An ihren parlamentarischen Vertretern in der grünen Partei ist bereits jetzt schon absehbar, wohin die Reise gehen soll. Die Bewegung soll vom Kapitalismus vereinnahmt werden, damit sie nicht kapitalismuskritisch/sozialistisch wird.

2. Haltung der IG Metall

Stellvertretend für die deutschen Gewerkschaften wird hier die Haltung der IG Metall eingeschätzt, weil diese Gewerkschaft in dieser Frage relativ am weitesten ist. Auf dem 22. Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe forderte der wiedergewählte Vorsitzende Huber einen "Green New Deal", um einen "sozialen und ökologischen Kurswechsel" voranzutreiben. Huber: "Vor uns liegt eine Jahrhundertaufgabe. Wir brauchen nicht weniger als eine ökologisch-industrielle Revolution. Und die Weichen werden jetzt gestellt. Ich fordere ein Investitionsprojekt für Europa, das den Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes gerecht wird. Das ist längst überfällig."

Die IG Metall hat schon Jahre vor den Ereignissen in Fukushima mehr oder weniger ausgereifte Konzepte vorgelegt für

- Verkehr
- Strom- und Wärmeerzeugung
- Energieeinsparung.

Allen Konzepten ist gemeinsam:

- Sie tasten die derzeitigen Eigentumsverhältnisse nicht an. Damit wird unausgesprochen die Illusion geweckt, Ökologie und Kapitalismus wären vereinbar.

- Sie sind weitgehend ökologisch (Ausnahme: z.B. Elektroautos) und bedeuten ein Abgehen vom bisherigen ungebremsten Raubbau an Ressourcen und Natur.
- Sie setzen auf "vernünftige" und "faire" Kapitalfraktionen samt ihren Politikern, Appelle und Lobbyarbeit. Deshalb hängt die IGM immer noch an der SPD und biedert sich bei "Grünen" und "grünen" CDU-lern an.
- Sie setzen auf staatliche Regulierung. Im Betrieb auf Erweiterung der Produktpalette gegen internationale Konkurrenz (z.B. VR China), aber auch auf erweiterte Mitbestimmung über das, was wie produziert werden soll.
- Die Konzepte sollen in der Regel in Sozialpartnerschaft durchgesetzt werden. Aber im Kampf für die Abschaltung der AKWs machte die IG Metall dennoch bei öffentlichen Widerstandsaktionen mit.

3. Beispiele

3.1. Verkehr

Das IGM-Konzept beinhaltet:

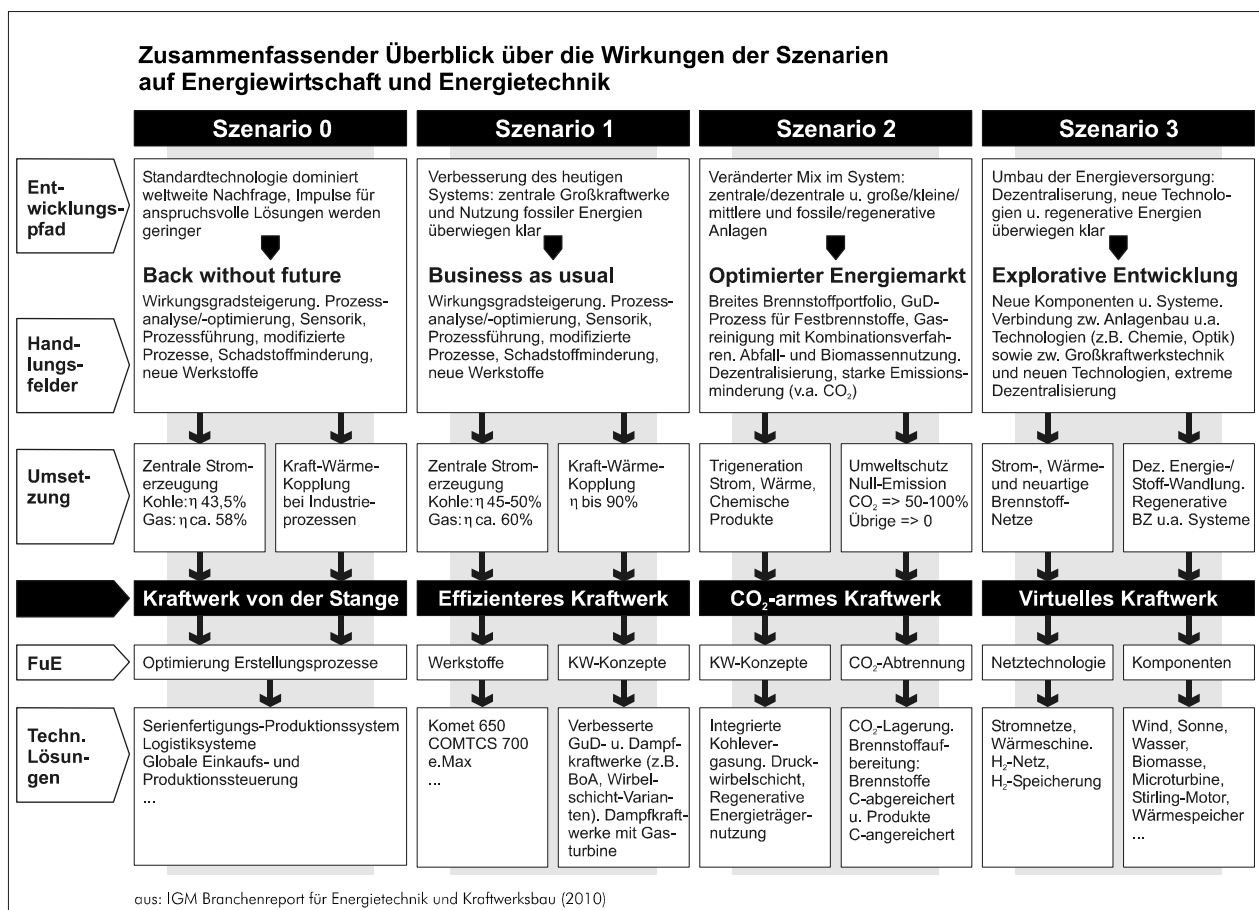
- Spritsparende PKW
- Elektroauto: hier wird übersehen, dass ein Elektroauto nur dann umweltfreundlicher fährt, wenn die Bremsenergie gespeichert und Strom aus Erneuerbaren Energien "getankt" werden könnte.

- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße und Luft auf Schiene und Wasserwege.
- Ausbau des öffentlichen Personennah- und Fernverkehrs.
- Erhalt der Staatsbahn (Eigentumsfrage: hier setzt sich die IGM positiv z.B. von der Verkehrsgewerkschaft ab) und Ausbau des Schienennetzes.

3.2 Energie

Hier werden den bisherigen Szenarien 0 und 1 zwei weitere, realistische d.h. technisch machbare Szenarien entgegengesetzt die auch die örtliche und zeitliche Beschränktheit der heimischen Erneuerbaren Energien zur Deckung von gesicherter Grundlast bzw. Industriestrom berücksichtigen und auf internationale Zusammenarbeit und Solidarität setzen.

An diesem Konzept haben engagierte Betriebsräte aus dem Kraftwerksbau mitgearbeitet. Ihnen ist es auch mit zu verdanken, dass die IGM früher als andere sich von der Stromproduktion in AKWs verabschiedet hat. Wesentliches Element der fortschrittlichen Szenarien 2 und 3 ist die Energieeinsparung (thermisch und elektrisch). Sie setzen auf Eingriffe des Staates in die Strom- und Wärmeproduktion. Sie stellen jedoch den Warencharakter der Energie nicht in Frage und blenden die bisherigen Kriege um Energiereserven und deren Transportwege aus. Unausge-



sprochen ist zumindest das Szenario 3 ohne gesamtgesellschaftliche Planung und Kontrolle und gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Kraftwerken und Netzen nicht machbar und hat somit systemsprengenden Charakter. Die technische Hauptbasis der Szenarien 2 und 3 werden thermische Sonnenkraftwerke darstellen, die über die gesamten Wüstengürtel der nördlichen und südlichen Halbkugel vernetzt sein werden und von dort aus in Nord- und Südrichtung die Hauptverbraucher mit versorgen sollen

3.3. Energieeinsparung

Hier decken sich die IGM-Vorstellungen mit denen vieler in der ökologischen Bewegung, beispielsweise:

- Wärmedämmung von Gebäuden
- Sparsamere, besser geregelte Heiztechnik
- Abwärmennutzung (Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung)
- Sparsamere, besser geregelte Antriebe
- Einsatz von Wärmepumpen
- Sammlung u. Wiederverwertung von Wertstoffen
- Restmüllverbrennung mit Strom- und Wärme-
produktion

4. Folgerungen

Die Konzepte der IG Metall sind insgesamt gesehen gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll und fortschrittlich. Sie haben Reformcharakter und stoßen teilweise an die Grenzen des Kapitalismus. Viele Forderungen rechnen sich privatkapitalistisch/betriebswirtschaftlich nicht, sondern nur volkswirtschaftlich. Sie werden sich nicht im Selbstlauf oder in Sozialpartnerschaft durchsetzen lassen, sondern nur im Klassenkampf. In dieser Auseinandersetzung hätten die Gewerkschaften viele Bündnispartner. In diesem Kampf können sowohl die Begrenztheit der Reformen als auch die Illusionen in den Staat und in den Kapitalismus sichtbar werden, vorausgesetzt, man überlässt diese Fragen nicht "grünen" Politikern.

Eine pauschale, agitatorische Ablehnung der "grünen" Reformstrategie "von außen" führt letztlich zur eigenen Isolierung und zur weiteren Vereinnahmung der Gewerkschafts- und Umweltschutzbewegung durch das System. Wenn der Kampf um Reformen automatisch zum Reformismus führen würde, dann hätten kapitalismuskritische Kräfte nach dem 2. Weltkrieg sich nicht für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen, für soziale und demokratische Rechte einsetzen dürfen.

Wenn man sich auf dieses notwendige und wichtige Feld des Klassenkampfes begibt, sollte man sich jedoch über folgende Dinge im Klaren sein:

- Man braucht viel Geduld und muss sich mit vielen politischen aber auch technischen Illusionen von Gewerkschaftern und Umweltschützern auseinandersetzen. Dies sollte jedoch so geschehen, dass bestehende Gräben nicht vertieft, sondern Brücken zu gesellschaftlichen Allianzen gebaut werden können.

- Es geht um viel Geld. Wer bezahlt die sog. Energiewende: die großen Stromkonzerne (aus ihren Rücklagen und Gewinnen) und/oder der Kleinverbraucher?

- Es geht weniger um große oder kleine, zentrale oder dezentrale Kraftwerke. Es geht um Eigentumsfragen: beispielsweise um den Erhalt der Stadtwerke bzw. deren Rekommunalisierung. Und es geht um die Überführung der großen Stromerzeuger in öffentliches Eigentum, so wie es teilweise vor der sog. Liberalisierung (sprich Privatisierung) war. Dann muss aber eine demokratische Kontrolle dazu kommen.

- Die Entwicklung in der VR China hinsichtlich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sollte aufmerksam und kritisch verfolgt werden. Möglicherweise ergibt sich hier eine weltweite Vorreiterrolle.

- Linke Politiker sollten sich inhaltlich stärker damit befassen, wie Energiepolitik gemacht wird, welche technische Basis sie hat (z.B. wie funktionieren Kraftwerke und Netze?), welche unterschiedlichen Kapitalinteressen ausgenutzt werden können, welche gemeinsamen Positionen sich mittlerweile bei Parteien wie die Grünen, SPD, Linkspartei, DKP und Bewegungen (z.B. attac), Umweltverbänden und Naturfreunden herausgebildet haben.

- Linke Energie- und Umweltpolitiker sind gut beraten, dabei auf die Erfahrungen und Vorstellungen von fortschrittlichen Kollegen aus Großbetrieben der Energie- und Kraftwerksbranchen zu hören, anstatt Meinungen außerhalb der Arbeiterbewegung ungeprüft nachzureden oder hauptsächlich Zeitungsausschnitte zu kommentieren. So könnten politische Schwerpunkte wie Arbeitsplätze, Mitbestimmung und Umweltschutz zusammengeführt und gemeinsame Aktionen angeschoben werden. Ein guter Anfang wurde in der AKW-Frage gemacht.

Anlage, Konzeption und Illusion des "Grünen Kapitalismus" erinnern stark an die der "sozialen Marktwirtschaft" und den 3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Von allen Kapitalismusvarianten wäre mir die "grün-soziale" die Beste, weil in ihr die dringendsten Umwelt- bzw. Klimaprobleme zumindest angegangen und verringert werden könnten. Sie ist das "kleinere Übel" im Vergleich zu einer ungebremsten, kriegerischen, autoritären Raubbau- und Katastrophenvariante, weil sie doch trotz aller dabei vermittelten Illusionen immer noch die vergleichsweise günstigsten Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner bietet. Diese Variante setzt sich nicht im Alleingang durch. Sondern nur gegen den Widerstand derjenigen Kapitalfraktionen, die daran überhaupt kein Interesse haben, wie zum Beispiel Banken, Rüstungsindustrie, große Energiekonzerne. Gegen die drohende Klimakatastrophe muss und kann jetzt mit dem Handeln begonnen werden. Ich bin davon überzeugt, dass eine dauerhafte Lösung der Umwelt- bzw. Klimaprobleme nur im Sozialismus möglich sein wird. Doch solange kann mit dem Umsteuern bzw. der Energiewende nicht gewartet werden.



Die Autoren

■ **Franz Garnreiter**

Diplom-Volkswirt; langjährige Tätigkeit als Ökonom in der Energiewirtschaft;
Mitarbeiter des isw

■ **Joachim Schubert**

arbeitet als Schweiß- und Schadensingenieur sowie als Betriebsratsmitglied
bei ALSTOM Power in Mannheim.

■ **Conrad Schuhler**

Diplom-Volkswirt; Mitarbeiter des isw

■ **Dr. Helmut Selinger**

Diplom-Physiker; langjährige Tätigkeit im Management der bundesdeutschen
Atmosphären- und Klimaforschung; Mitarbeiter des isw